RM-Beilage EXTRABLATT

C 21246 D

Das Recht ist auf der Seite der arabischen Völker

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 42 vom 27. Oktober 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Kündigung war schon perfekt
Wiedereinstellung erzwungen

Entschiedener Kampf von KPD/ML und Thyssen Kollegen brachte den Sieg!

Montag, 15.10.73 – Günther Wagner kann zum ersten Mal seit 14 Tagen wieder zu seiner Arbeitsstelle bei Thyssen in Hamborn gehen.

Am 29.10. war er auf dem Heimweg von der Arbeitsstelle, direkt vor der Haustür, festgenommen und ins Gefängnis gesteckt worden: Vorgeworfen wurde ihm, daß sein Name unter einem Flugblatt gegen die Mißhandlungen von politischen Gefangenen durch Polizei und Justiz stand; verhaftet, weil er angeblich keinen festen Wohnsitz hatte. 10 Tage lang blieb er ohne jede Verbindung, nicht einmal einen Rechtsanwalt durfte er sprechen, nicht einmal seine Firma konnte er benachrichtigen. 10 Tage lang erfuhr niemand, wo er sich aufhielt, seine Verwandten nicht, seine Freunde nicht – und auch nicht die Kollegen im Betrieb, die ebenfalls versucht hatten, bei Polizei und Justiz Auskunft zu bekommen.

Jetzt, am Montag, hören die Kollegen von Genossen Wagner selbst, was geschehen ist. Wieder und wieder muß er erzählen. Manche wollen kaum glauben, daß so etwas bei uns möglich ist. "Einen einfach einsperren, nur weil er Kommunist ist". – "Aber die können eben die Wahrheit nicht vertragen."

"Eine Riesenschweinerei" – das war die einhellige Meinung gewesen, sobald die Kollegen durch das erste Flugblatt der KPD/ML erfahren hatten, daß ihr Kollege nicht etwa krank geworden, sondern einfach vor der Haustür verhaftet worden war. Einige Kollegen diskutierten sogar, ob man nicht mit einem Streik seine Freilassung erkämpfen sollte. Als bekannt wurde, daß die Partei zu einer Demonstration für die sofortige Freilassung des Genossen Wagner aufrief, überlegten einige, ob sie nicht mitdemonstrieren sollten. So wie die Lage war, wagte es niemand, auch die Geschäftsleitung nicht, offen gegen den Kommunisten Wagner zu hetzen.

Man versuchte stattdessen, der Polizei den Rücken zu stärken: "Die deutsche Polizei weiß schon, warum sie einen festnimmt." Andere versuchten es mit Zweckpessimismus: "Das hat er davon. Da kann man nichts machen."

Offen hetzten nur die D'K'P-Führer – allerdings in einem anderen Betrieb, bei Mannesmann in Duisburg: Sie verbreiteten das Gerücht, Günther Wagner habe Geld von dem Solidaritätskonto, das auf seinen Namen läuft, unterschlagen und sei deshalb verhaftet worden.

Aber die Kollegen wußten, mit wem sie ein Jahr zusammengearbei-



Fortsetzung auf Seite 4

Berufungstermin in Hamburg

Freispruch für Genossen Ernst Aust!

Im Juni dieses Jahres stand Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, in Hamburg vor Gericht. Angeklagt war er, weil sein Name unter dem Flugblatt "Die Mörder sitzen in Bonn" steht. Die herrschende Klasse hatte geglaubt, sie könnte kurzen Prozeß machen und der Partei und allen fortschrittlichen Menschen verbieten, die Wahrheit über die Verhältnisse in diesem Staat zu sagen. Aber sie hatte sich geirrt! Das mutige Auftreten des Genossen Ernst vor Gericht, Flugblätter, Kundgebungen, Unterschriftensammlungen und eine Demonstration in Hamburg machten den Prozeß zu einem Bumerang für die Bourgeoisie. Statt zu der wohl geplanten Gefängnisstrafe wurde Genosse Ernst zu einer Geldstrafe von 5000 DM verurteilt.



Ein ganz klarer Erfolg. Aber noch kein Sieg. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. AM 6. NOVEMBER HEISST ES NOCH EINMAL: KÄMPFT FÜR DEN FREISPRUCH DES GENOSSEN ERNST AUST!

KÄMPFT FÜR DIE FREIHEIT DER KOMMUNISTISCHEN AGITATION UND PROPAGANDA!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

Am 15.10.73 erhielt Genosse Ernst Aust erneut eine Rechnung der Klassenjustiz über 5 000 DM. Diesmal ohne gerichtliches Urteil, einfach per Strafbefehl.

SIEHE DAZU S. 6!

Nahost:
Der Kampf um Erdöl

Seit mehreren Monaten geistert ein Schlagwort durch die Presse: "Energiekrise". "Bleiben die Ölöfen diesen Winter kalt?" Mit solchen Drehungen sind die Ölpreise gewaltig in die Höhe getrieben worden. Nachdem innerhalb der letzten Monate die Preise bereits drastisch erhöht wurden, kosten jetzt, nach zwei Monaten Steigerung, bei einer Hamburger Firma 100 Liter Heizöl schon 36,60 DM.

In den USA haben bereits 1000 Tankstellen Schilder an ihre Zapfsäulen gehängt: "No Gas" - Kein Benzin.

Was ist mit der Energiekrise?

Amerikanische Ökonomen schätzen das US - Ölvorkommen auf 400 Mrd. Barrels (1 Barrel = 159 l), Ein Vorkommen, das für weitere 60 Jahre den gegenwärtigen Verbrauch sichern würde. Andere Berichte lauten sogar, daß ein noch zehnmal größeres Vorkommen in den USA entdeckt sei.

US-Ölvorkommen erschöpft?

Sicher ist, daß die Ölvorräte auf der Welt nicht in alle Ewigkeit ausschöpfbar sind. Tatsächlich haben die Ölvorräte im letzten Jahrzehnt stark abgenommen. Verantwortlich hierfür sind vor allem die amerikanischen Ölmilliardäre, die für ihre Profite den verschwenderischen Umgang mit Öl gefördert haben.

Warum das Gerede von der Krise?

Die gegenwärtige Ölknappheit auf dem US-Markt ist künstlich hervorgerufen. Die riesigen Ölvorkommen in den USA werden nicht ausgebeutet, weil sie den amerikanischen Ölmonopolen nicht genügend Profit bringen: Die Weltmarktpreise sind ihnen einfach noch nicht hoch genug, um dieses Öl zu fördern.

Das Gespenst vom "kalten Winter" soll vor allem die Verbraucher schrecken, damit die Ölpreise in die Höhe gejagt werden können. In den USA z.B. sind die Benzinpreise von 25 Cent auf 40 Cent pro Gallone gestiegen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Der Kampf um Erdöl

Aber die Ölhetze hat noch einen anderen Grund: Statt die **eigenen Vorkommen auszubeuten, wollen die Ölmonopole der USA lieber mit billigem arabischem Öl, das sie teuer weiterverkaufen, Superprofite erzielen**. Allein im letzten Jahr importierten sie - vor allem aus Nahost - 27% ihres Bedarfs. Dieses Jahr werden bereits 33% erwartet. Von den zig-Millionen Tonnen Öl, die amerikanische Firmen aus dem Nahen Osten über ihre Pipelines gleich in andere Länder schaffen, ganz zu schweigen.

Doch dem steht entgegen, daß die arabischen Länder immer mehr um Unabhängigkeit und nationale Befreiung kämpfen, daß sie nicht bereit sind, für die Superprofite der US-Ölmonopole herzuhalten.

Um sich dieses arabische Öl zu sichern, haben die US-Imperialisten die israelischen Zionisten zu immer neuen Aggressionen gegen die arabischen Länder angestachelt mit Milliardenkrediten und US-Waffen. **So hetzen sie schon seit Monaten mit der Ölverknappung, um neuen Aggressionen gegen die arabischen Länder den Boden zu bereiten, um im amerikanischen Volk und auf der ganzen Welt Stimmung gegen die arabischen Länder zu entfalten.**

Izhak Rabin, ehemals Generalstabschef der israelischen Armee und später Botschafter in Washington, sagte schon im Juli unumwunden: "In den USA wächst allmählich die Überzeugung, daß es der zivilisierten Welt im Extremfall erlaubt sein muß, gewaltsam die Kontrolle über Ölquellen zu übernehmen". Fachleute in den USA würden immer offener davon sprechen, daß "falls irgendein mittelalterlicher Potentat wirklich die Ölbedürfnisse von Millionen Menschen der zivilisierten Welt bedroht der Westen das Recht hat, solches mit harten Maßnahmen zu verhindern."

Was hier für die "Ölbedürfnisse von Millionen Menschen" ausgegeben wird, ist nichts anderes als der Superprofit der US-Ölmonopole, denen die Ausbeutung der amerikanischen Quellen noch nicht genug Profit bringt.

Aber noch einen anderen Grund hat die Ölhetze: Die US-Imperialisten bereiten sich auf ernste Auseinandersetzungen mit einem neuen Rivalen vor. Die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, dringt immer mehr in Nahost ein, stellt ebenfalls einen Anspruch auf Hegemonie in Nahost und versucht, die arabischen Erdölquellen an sich zu reißen.

Die Sowjetunion besitzt, wie die USA auch, eigene riesige Erdölvorkommen, aber auch sie macht lieber Geschäfte mit dem billigen Nahost-Öl. In ihrer imperialistischen Profitjagd unterscheidet sie sich in keinem Deut von den US-Monopolen. Durch sogenannte 'Wirtschaftshilfe', durch wirtschaftliche Beteiligungen an den Erdölerschließungen, hat sie sich vertraglich zusichern lassen, daß die Schulden durch billigstes Rohöl zurückgezahlt werden. So erhält sie aus dem Iran Öl, das so billig ist, daß sie es viermal teurer, hauptsächlich in die europäischen Länder verkaufen kann. Wie die USA, so hat auch die Sowjetunion große 'Sorgen' mit den Ländern des Nahen Ostens, die die wahren Absichten der SU-Imperialisten erdeckt haben. **Und genauso wie die USA rechtfertigen die Moskauer Sozialimperialisten die Plünderung der arabischen Ölquellen und die Aggressionen gegen die arabischen Völker. Die kuwaitische Zeitung 'Al Rai al-Amm' berichtete, die Kreml-Führer hätten einen arabischen Führer bei seinem Besuch in Moskau gewarnt: "Dem Namen nach ist das arabische Öl arabisches Eigentum, tatsächlich aber internationaler Besitz."**

Mit diesem Gerede wollen sich die Kreml-Führer einen Freibrief verschaffen, um das arabische Öl an sich zu reißen und gegen die arabischen Völker vorzugehen. Arabische Aufschrift und sowjetischer Profit - das sind die Vorstellungen der Sozialimperialisten über das Öl im Nahen Osten.

Gemeinsam sind sich die beiden Supermächte einig, daß die arabischen Völker geknechtet werden müssen, damit die Ölquellen weiterhin für Moskau und Washington Superprofite sprudeln. Zugleich aber rivalisieren sie schwer miteinander um die Vormacht und das Sagen über die Erdölquellen.

Damit schaffen sie nicht nur im Nahen Osten Unruhre und Spannungen, sondern gefährden darüberhinaus den Frieden in der ganzen Welt.

Die arabischen Länder haben daraus die Konsequenzen gezogen. Sie haben den Kampf aufgenommen gegen das zionistische Israel, die Speerspitze der Supermächte gegen die arabischen Völker. Und sie haben allen imperialistischen Mächten, die aus Gier nach fetten Ölprofiten im Nahen Osten Unruhe stiften, den Kampf angesagt. Am 17. Oktober beschloß die OAPEC (Organisation arabischer erdölproduzierender Länder) einen gestaffelten Erdölboykott. Pro Monat wollen sie ihre Erdölproduktion um 5% drosseln. Das Scheichtum Abu Dhabi und Lybien haben sogar einen totalen Boykott über die USA verhängt. Andere Länder drohen ebenfalls mit diesem Schritt.

Die Lage in Europa

Auch hier in Europa wird von den Imperialisten Panik geschürt. Demagogische Schlagzeilen wie "Wenn die Ölmonarchen wollen, gehen in Europa die Lichter aus", waren einerseits ein geschicktes Spiel, um die Ölpreise in die Höhe zu treiben, die Profite zu steigern.

Andererseits haben die europäischen Imperialisten aber auch die Befürchtung, daß sie und ihr Profit bei der verschärften Konkurrenz der beiden Supermächte zu kurz kommen könnten. So ist auch zu erklären, daß die westdeutschen Ölmonopole sich verstärkt zusammenschließen, um nicht nur vor allem Öl über die beiden Supermächte zu beziehen, sondern um selbst in die Gebiete des mittleren Ostens einzudringen, sich Ölquellen zu verschaffen, die Völker dort zu knechten, Unruhe zu stiften und es den Supermächten gleichzutun und ihnen Konkurrenz zu machen. Unter der Überschrift "Nur eine schlagkräftige Öl-AG kann die große Krise meistern" empfiehlt Springers 'Welt': Die Übernahme der Ölquellen durch die Ölländer bietet der Bundesrepublik eine einmalige Chance, sich Ölpositionen in den Ölförderländern zu sichern". Im Windschatten der Supermächte rechnen sich die westdeutschen Imperialisten eigene Chancen aus.

Doch der Widerstand der arabischen Länder und anderer erdölproduzierender Länder wird ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Die Haupttendenz ist die, daß die kleinen Länder, die um Unabhängigkeit kämpfen, sich zusammenschließen und immer größere Siege über die Supermächte und ihre imperialistischen Verbündeten erringen.

Reforger V. Imperialistische Kriegsübung

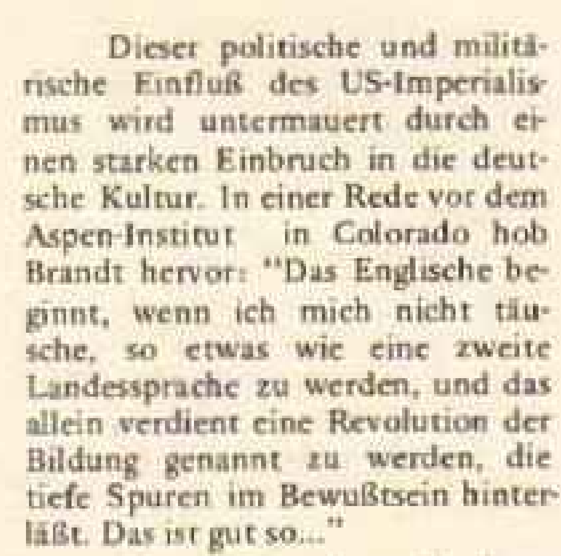
Am 15. Oktober besuchte Bundeskanzler Brandt eine Großübung im Rahmen des Manövers 'Reforger V'. Dieses Manöver ist darauf ausgerichtet, innerhalb von Stunden große amerikanische Truppenkontingente nach Westdeutschland zu transportieren und zum Einsatz zu bringen.

In dem breit angelegten Manöver waren über 50 000 Soldaten im Einsatz. 11 000 US-Soldaten wurden per Luftbrücke aus den USA eingeflogen.



Während des Manövers sind bisher 7 Menschen ums Leben gekommen. Als ein Phantom-Bomber in einen Schützengraben jagte, wurde ein in der Nähe arbeitender Bauer von umherfliegenden Flugzeugteilen schwer verletzt. Bei Triesdorf kam ein Ehepaar ums Leben, als es zu einem Zusammenstoß zwischen einem Panzerwagen der US-Armee und dem Wagen des Paares kam. 7 Menschen, die auf Kosten der US-Militaristen und ihrer westdeutschen Verbündeten gehen. 7 Menschen, deren Tod den Kampf gegen diese imperialistischen Kriegstreiber noch mehr vorantreiben wird.

Ähnliche Manöver werden in der DDR mit den Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten durchgeführt.



Dieses Manöver Reforger zeigt eindringlich, daß die Völker Europas durch die Rivalität der beiden Supermächte im Zentrum Europas stark bedroht werden. Der sowjetische Sozialimperialismus trachtet danach, Einfluß in Westeuropa zu gewinnen, besonders auf Westdeutschland als stärkste westeuropäische Macht. Dabei aber stößt er auf den Widerstand des US-Imperialismus, der seine Vorherrschaft bedroht sieht.

Diese Rivalität der beiden Supermächte nutzt der westdeutsche Imperialismus, um selbst aufzusteigen. Das Manöver hat gezeigt, daß die westdeutschen Imperialisten trotz ihrer Beziehungen zu Moskau sich in enger Gefolgschaft zu den US-Imperialisten befinden. Brandt machte dies bei seinem Manöverbesuch deutlich: Er trug eine amerikanische Armeemütze.

Zehntausende von US-Soldaten sind in Westdeutschland stationiert. US-Militärbasen sind in allen Teilen Westdeutschlands errichtet. Trotz aller Entspannungsreden der Supermächte: Westdeutschland soll auch weiterhin Brückenkopf der US-Imperialisten für ihre Ziele in Europa bleiben. Zugleich aber auch Brückenkopf gegenüber dem Sozialimperialismus.

Dieser politische und militärische Einfluß des US-Imperialismus wird untermauert durch einen starken Einbruch in die deutsche Kultur. In einer Rede vor dem Aspen-Institut in Colorado hob Brandt hervor: "Das Englische beginnt, wenn ich mich nicht täusche, so etwas wie eine zweite Landessprache zu werden, und das allein verdient eine Revolution der Bildung genannt zu werden, die tiefe Spuren im Bewußtsein hinterläßt. Das ist gut so..."

Die von Brandt gewünschten "tiefen Spuren im Bewußtsein" sollen genau dazu führen, daß sich unser Volk willig der Zusammenarbeit Westdeutschlands mit dem Feind der Völker der Welt, dem US-Imperialismus beugt.

Aber das deutsche Volk wünscht weder Englisch als zweite Landessprache noch US-Militärbasen in Westdeutschland. Das deutsche Volk wünscht nach zwei imperialistischen Kriegen, in denen es für die deutschen Imperialisten ungeheure Opfer zahlen mußte, endlich Frieden in Europa.

Dieser Friede kann aber nur im Kampf gegen beide Supermächte erreicht werden, er kann nur verwirklicht werden, **wenn die westdeutschen Imperialisten, engste Verbündete des US-Imperialismus, gestürzt sind.**

Die KPD/ML und ihre Jugendorganisation, die ROTE GARDE, richten den Kampf auf dieses Ziel aus.

Unter der Jugend und in der Armee wächst der Widerstand gegen Militarismus und Imperialismus.

In vielen Teilen unseres Landes kämpfen die Werktätigen gegen die Errichtung und Aufrechterhaltung von NATO-Übungsplätzen. Der Kampf der Nordhorner Bevölkerung ist hierfür ein großes Beispiel. Bauern auf dem Land kämpfen gegen die Zerstörung ihrer Äcker durch NATO-Manöver. Und dieser Kampf wird zunehmen! Die Partei wird verstärkt in diese Bewegung eingreifen und die Massen von der Notwendigkeit des revolutionären Ausweges überzeugen!

AUSLÄNDISCHE TRUPPEN, RAUS AUS GANZ DEUTSCHLAND!

NIEDER MIT DER NATO! NIEDER MIT DEM WARSCHAUER PAKT!



Während im letzten Jahr bei Reforger IV die Bauern nur geringe Entschädigungen für die Zerstörungen erhielten, soll bei Reforger V das Entschädigungsgeld um 30% gekürzt werden, so daß die Bauern noch mehr als zuvor für die imperialistische Allianz Bonn-Washington herhalten sollen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612. Postscheckkonto Essen, Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftshaus von 80 jungen Gewerkschaftern besetzt

Kreisvorsitzender des DGB in Kiel prozessiert gegen 'Rädelsführer'

Seit vorletzter Woche stehen 3 junge Gewerkschaftsmitglieder der IG Metall vor Gericht. Der DGB und die Justiz werfen ihnen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Nötigung vor. Der Kollege B. Neumann (ehemaliger Jugendvertreter von HDW/Kiel) wurde bereits zu 70,- Strafe, ersatzweise 3 Tage Haft verdonnert.

Nachdem im Juni 1972 ca 80% der Kieler Metallehrlinge einen Tag gestreikt hatten, da ihnen der auf mauschelige Art zustandegekommene Tarifabschluß von 50,- DM mehr pro Monat nicht gefiel, erlangten die Jugendbetriebsgruppen der IGM, die diesen Streik getragen hatten, immer mehr an Bedeutung. Diese Jugendbetriebsgruppen bildeten sich in 5 Kieler Großbetrieben und wuchsen bald auf eine Stärke von 100 Kollegen an.

Die IGM-Führung am Ort versuchte bald, diese Bewegung zu ersticken. Das ging einher mit Ausschlußanträgen gegen den gesamten Ortsjugendausschuß (OJA), der zum Streik aufgerufen hatte (in diesem Fall allerdings eine Ausnahme – ein SDAJ-ler wurde verschont. Die SDAJ hatte versucht, den Streik abzuwürgen.)

Das ging soweit, daß den Kollegen Flugblätter verboten wurden, und daß sehr rasch die ganze Konzeption der Jugendbetriebsgruppen angezweifelt wurde. Schließlich sollten die JBGs verboten werden mit der Begründung: Der OJA hätte dafür keine Linie und kein Programm. Zum Schluß wurden ihnen die Tagungsräume verboten.

Da zu diesem Zeitpunkt der OJA und die Jugendbetriebsgruppen ihre Flugblätter sowieso schon nicht mehr bei der IGM sondern selbst druckten und in den Betrieben verteilten, war es für die nicht schwer, den Kollegen in den Betrieben klarzumachen, was seitens der IGM für Tricks angewandt werden, um eine fortschrittliche Jugendarbeit zu verhindern.

Der OJA druckte ein Flugblatt, in dem die jungen Gewerkschafter ihren Standpunkt klarmachten: Das Gewerkschaftshaus gehört uns, wir lassen es uns nicht verbieten. In diesem Flugblatt wurde dazu aufgerufen, zum Gewerkschaftshaus zu kommen und die Schlüssel für das Jugendheim zu fordern.

Unterzeichner des Flugblatts war der Kollege B. Neumann. Ihm wurde bereits, wie oben angeführt der Prozeß gemacht.

Da die IGM sowie der DGB durch das Flugblatt alarmiert waren, stand die Polizei bereits auf Abruf bereit (das Polizeihauptquartier ist ca 1 Minute vom Gewerkschaftshaus entfernt). Die 80 Kollegen, die dem Aufruf folgten, gingen in das Gewerkschaftshaus um Einlaß zu fordern. Dort wurden sie gleich vom Kreisvorsitzenden des DGB, Willi Kuster, vom 1. Geschäftsführer der ÖTV, Kurze und vom Verwaltungsstellensekretär der IGM, Hamann, empfangen, die versuchten, sich ihnen in den Weg zu stellen.

Die Kollegen machten lautstark klar, was sie von solchen Typen wie Kuster, Kurze und Hamann hielten. Die Polizei – vorher schon alarmiert – rückte gleich mit mehreren Mannschaftswagen an und versuchte, die Kollegen aus dem Haus zu treiben. Da die Kollegen nicht auf eine Auseinandersetzung mit der Polizei vorbereitet waren, gelang es, sie zu vertreiben.

Obwohl die Aktion selbst kein Erfolg war, ist es aufgrund der Flugblätter des OJA und der Aktivitäten in den Betrieben nicht gelungen, die Jugendbetriebsgruppen aufzulösen.

jetzt beschloß der DGB-Kreisvorstand, den Kollegen B. Neumann, Kurt Lösch (Jugendvertreter bei Hell) und J. Beyer (früher HDW) den Prozeß zu machen. Weiter versuchten sie, die Jugendlichen zu spalten. So wurde neben Kuster und Hamann die Vorsitzende des OJA zur Zeugin der Anklage gemacht.

Der DGB will die fortschrittlichen Kollegen in der Gewerkschaft kriminalisieren, sie als "Linksradikale" vor der Öffentlichkeit abstempeln. Bezeichnend ist, daß in der Anklageschrift nur von Jugendlichen die Rede ist, nicht aber davon, daß es sich dabei um unsere Gewerkschaftskollegen handelt. Hierbei soll von vornherein vertuscht werden, daß es sich bei diesem Prozeß um einen Prozeß der Gewerkschaftsführung gegen Mitglieder handelt. Doch diesmal wird es der Gewerkschaftsführung nicht gelingen, es so darzustellen, als wenn "Radikale Elemente" von außen die Gewerkschaften zerstören wollten. Unsere Kollegen fordern ihr Recht und wir werden sie dabei unterstützen. Es wird der Gewerkschaftsführung nicht gelingen, den Prozeß klamm heimlich über die Bühne zu bringen. Die KPD/ML und ihre Jugendorganisation, die Rote Garde, unterstützen den Kampf der Kollegen.

Polizisten in Uniform erwünscht

Angesichts der Polizeistaatmethoden, mit denen in Baden-Württemberg gegen die streikenden Arbeiter vorgegangen wird, sieht sich die IG Metall gezwungen, zu protestieren. In einem Schreiben an den baden-württembergischen Innenminister protestiert der Bezirksleiter der IG Metall, Steinkühler, unter anderem dagegen, daß bei Beginn des Streiks Polizeibeamte in Zivil "Arbeiter beobachtet und mit Mikrofonen in den Ärmeln beschnüffelt haben."
Seine Bitte an Spieß: "eindeutig klarzustellen, daß zur Sicherung der öffentlichen Ordnung ... ausschließlich deutlich durch Uniform erkennbare Polizei eingesetzt werden kann."

Die "Streikvorbereitungen" der IGM-Führer: "Geld her !"

Nachdem gestern vom IGM-Vorstand für den Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden die Urabstimmung über den Schlichtungsspruch im Manteltarif auf den 10.10. festgelegt worden war, bekamen wir heute die erste Streikvorbereitung der IGM in die Hand: Unser Meister (!) überreichte den Kollegen, die aus Enttäuschung oder Wut über die Politik der Gewerkschaftsführung, bloß den Mindestbeitrag zahlen, einen Umschlag. Darin die dringende Aufforderung an die Kollegen, angesichts des möglicherweise drohenden Streiks doch ihren Beitrag zu erhöhen. Falls kein Einspruch erfolgt, wird der Beitrag automatisch auf DM 10,-- erhöht. Die Kollegen waren natürlich ganz schön empört, denn das ganze Jahr über hört man von den Gewerkschaftsherren nichts und zu so einer wichtigen Sache wie einem Streik haben sie nichts mehr zu sagen als "Geld her". Dabei ist es schon so gut wie beschlossene Sache, daß in unserem Betrieb überhaupt nicht gestreikt werden soll, weil die Forderungen auf uns angeblich gar nicht zutreffen (wir haben nämlich keinen direkten Akkord, sondern versteckten, wir haben keine Bänder, sondern nur Maschinen mit kurzen Arbeitstakten!). Und der größte Betrug ist dann schließlich, daß nach § 13 der IGM-Satzung der Durchschnittsbeitrag der letzten drei Monate entscheidend ist, sodaß die Kollegen, die jetzt den Beitrag erhöhen, bei einem Streik in diesem Monat keinen Pfennig mehr Streikgeld bekommen würden.

Das sind Methoden, wie sie nur die übelsten Kapitalisten anwenden!

DGB entläßt Arbeiter

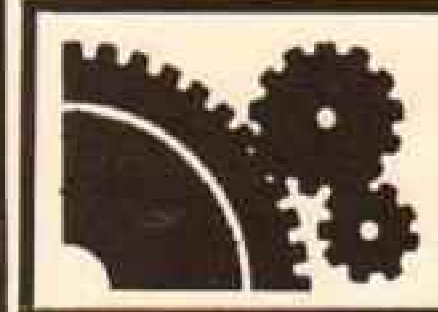
In Kamen wird demnächst das Gebrauchsgüterzentrum der Coop verkleinert und umgebaut. Von 1.200 Arbeitern fliegen dann 700 auf die Straße – das ist mehr als die Hälfte. 'Mitarbeiter freisetzen' nennen die DGB-Bonzen diese Schweinerei. Und die Begründung hört sich nicht anders an als bei Ford oder Krupp: 'Sicherung der Expansionsfähigkeit'. Solche Profithengste und Arbeiterschinder wagen es, sich 'Arbeitervertreter' zu nennen.

Der DGB ist einer der größten Kapitalisten in Westdeutschland. Und er verhält sich kein bißchen anders!

ANGEBLICH kämpfen die DGB-Bonzen gegen Entlassungen. ANGEBLICH setzen sie sich dafür ein, daß ältere Kollegen, die nicht mehr so viel Profit bringen, ihre Arbeit nicht verlieren. ANGEBLICH sind sie gegen Kurzarbeit, gegen Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen.

Aber wenn die Kollegen in den DGB-eigenen Betrieben nicht mehr genug Profit bringen, dann fliegen sie raus - nicht anders als in jedem anderen kapitalistischen Betrieb.

Arbeiterkorrespondenz





SCHREIBT AN DIE REDAKTION DES ROTEN MORGEN:

43 Essen 14
Postfach 3607
Tel. 22 82 59

12 Stunden ununterbrochen schuften

Jeden Morgen holen die Transportunternehmer Packer, Beifahrer vom Arbeitsamt. Die Unternehmen haben nur ganz wenige fest angestellte. Arbeiter. Mit gutem Grund: Den Arbeitern vom Arbeitsamt können sie zahlen, was sie wollen, die sind nicht versichert, die hauen sie übers Ohr, wo es geht.

Ein Kollege hatte als Beifahrer ununterbrochen 12 Stunden lang geschuftet. Der Wagen war so voll mit Kühlschränken, Waschmaschinen usw., daß wir erst um 20 Uhr zurückkamen. Pausen macht man da keine, weil man sonst gar nicht mehr heimkommt. Der Kollege bekam als Beifahrer (wo er genausoviel schleppen muß) ganze 58 Mark für 12 Stunden - keine Spesen, keine Überstundenbezahlung. Das sind so 4,80 die Stunde.

Wenn einer dann Stunk macht, holt der Unternehmer am nächsten Tag eben einen anderen vom Arbeitsamt. Es hat noch nie eine solidarische Aktion unter den den Möbleren gegeben.

Aber die schlechte Bezahlung ist nicht alles. Die Fuhrunternehmer versuchen bei jedem, noch mehr rauszuholen. Das geht so weit, daß sie bei Neuen versuchen, das Trinkgeld miteinzubeziehen in den Lohn. Oder, wenn man zugibt, daß man eine Mittagspause gemacht hat, - ne halbe Stunde - wird einem gleich eine Stunde abgezogen. Bei Schäden am Auto geht das weiter: Ist die Kupplung kaputt, werden einem gleich 80 Mark abgezogen, bei Unfällen auch, obwohl der Wagen versichert ist. Wenn die Ladung kaputt oder Verlust geht, wird auch abgezogen - obwohl wiederum die Firma versichert ist.

Das ist nicht alles. Manchmal werden Fahrer allein losgeschickt. Die kriegen halt 10 Mark mehr. Die Möbler müssen schuften, was das Zeug hält. Wir haben immer über die zulässigen Gewichte - wenn da was passiert, zahlt niemand was. Um Zeit zu schinden - du kriegst eh keine Überstunden bezahlt - beeilt man sich bei der Arbeit und verzichtet auf Gurte, schleppt alles allein auf dem Rücken.

Und der Fuhrunternehmer: Mittlerweile hat er einen riesigen Fuhrpark, eine Anzahl von Miethäusern und ist mehrfacher Millionär.

Rationalisierungsmusik

Im RM Nr. 39 wurde im Artikel "Akkord ist Mord" aufgezeigt, daß Rationalisierung im Kapitalismus nur ein Mittel zur verschärften Arbeitshetze ist. Vor einiger Zeit bin ich auf eine besondere Form kapitalistischer Rationalisierung gestoßen: Musik ! Wissenschaftlich ausgedrückt: "funktionelle Musik". Ich las Prospekte eines Frankfurter Instituts, das diese Musik entwickelt und bei den Kapitalisten dafür wirbt (die Unterlagen werden direkt an die Unternehmer geschickt, Werbung wird nur in speziellen Unternehmerzeitungen abgedruckt, was auch verständlich ist, wenn man das weitere liest).

Musik ? - das ist doch nichts Schlechtes, die hört doch jeder gerne, besonders wenn seine Arbeit sowieso durch Eintönigkeit erschwert ist - möchte man meinen. Aber im Kapitalismus wird auch diese Freude des Volkes an Musik nutzbar gemacht und Psychologen, Soziologen und Arbeitstechniker haben all ihre Kenntnisse in den Dienst der Kapitalisten gestellt, um auch diese Freude in eine Peitsche gegen die Werktätigen zu verwandeln.

Hier zwei konkrete Beispiele: "In einem Großraumbüro, in dem 400 Frauen Maschinendiktate aufnahmen, ergaben Versuche mit Muzak-Musik, daß die Arbeit in kürzerer Zeit verrichtet und ein erheblicher Rückgang der Spätnachmittags-Müdigkeit bemerkt wurde. Bei einem anderen Test mit Registratur-Angestellten konnte eine 19%ige Steigerung von Arbeitstempo und Genauigkeit ermittelt werden." Bei den Arbeiterinnen der Königlich Niederländischen Luftverkehrgesellschaft wurde eine Leistungssteigerung von anfänglich 25%, die sich dann auf 20% einpendelte, festgestellt.

Auf raffinierte Weise wird aus den Arbeitern 20% mehr Arbeit herausgepreßt! ! Die Musik ist so gestaltet, daß sie durch ihre Rhythmik unbewußt auf "die seelische und physiologische Sphäre" wirkt, und die Arbeitenden mitreißt. Während normalerweise nach einer gewissen Arbeitsleistung der Körper eine Entspannung braucht (auf kapitalistisch: Leistungsabfall) wird diese durch funktionelle Musik verhindert.
Es ist klar, daß durch eine solche Methode die Arbeitskraft noch schneller abgenutzt wird, daß man sich am Feierabend wundert, daß man so kaputt ist. Würde man den Werktätigen Aufputschdrogen geben, was nicht schlimmer wäre, wären die Folgen für die Gesundheit offensichtlicher !! Funktionelle Musik heißt also, daß sie für den Profit der Kapitalisten funktioniert.

Noch eines ist interessant: "Über Spezialleitungen der Deutschen Bundespost kommt ihr Programm (es gibt spezielle Programme für die Bereiche: Büro, industrielle Arbeitsräume und öffentliche Räume mit Kundenverkehr) direkt zu Ihnen und wird dorthin übertragen, wo es gebraucht wird." Hieran sieht man, wie der Staat seine Aufgaben im Intresse der Kapitalisten wahrnimmt !

Zum Schluß noch ein Zitat des Dr. Wokoun von der US-Army aus einem Vortrag, den er über funktionelle Musik hielt (sie wird auch bei der Armee eingesetzt, insbesondere in Kontrollräumen. Während also dort ein Angehöriger der Armee die Kontrollknöpfe bedient, und vielleicht gerade Bombeneinsätze oder ähnliches regelt, wird er mit freundlicher Musik berieselt !!):

Es geht mir als Personaltechniker nicht hauptsächlich darum, was die Menschen mögen. Ich möchte den Menschen das geben, was sie wünschen, aber vielleicht wissen die Menschen garnicht, was für sie am besten ist. Der Arbeiter, der es am bequemsten hat, ist nicht immer der beste Arbeiter."

Fortsetzung von Seite 1

Wiedereinstellung erzwungen

tet hatten und sie wollten, daß etwas getan würde.

Ein Teil erzählte begeistert von den Aktivitäten der Partei: Parolen an den Wänden, Flugblätter, Kundgebungen, Demonstration — "Du bist jetzt bekannter als Jesus'. Bedächtig meinten aber auch die, die überhaupt nichts von Kommunisten halten: "So eine Organisation im Rücken zu haben, das ist schon gut."

Nach der Pause mußte Günther Wagner dann zum Personalbüro. Hier wurde ihm mitgeteilt, daß er zum 26.10. gekündigt sei. Er habe schließlich tagelang unentschuldigt gefehlt, hieß es. Auch der Betriebsrat habe zugestimmt. Allerdings — man wolle sich die Angelegenheit noch bis Freitag überlegen.

Als die Kollegen die neue Nachricht hörten, waren sie empört. Erst Polizei und Richter und dann Betriebsleitung und Betriebsrat.

Am nächsten Tag kam dann der zuständige Betriebsrat in die Abteilung. "Nichts zu machen", hieß es. "Formal ist alles korrekt." Und zu Günther Wagner selbst: 'Arbeitsgerichtsprozeß? Da gibt sich kein IGM-Funktionär für her. Der wird ja sowieso verloren."

Jetzt war allen klar: Die Sache ist ernst. Was tun? Es wurde beschlossen, sofort Unterschriften zu sammeln als Grundlage für einen Streik, falls am Freitag die Kündigung aufrechterhalten werden sollte.

Am Donnerstag morgen: Was die Kollegen in der Elektrowerk statt durch den Genossen Wagner selbst erfahren hatten, erfuhr das ganze Werk durch die Aktivität der Betriebszelle der KPD/ML: Parolen forderten die Wiedereinstellung, Flugblätter wurden verteilt, an einigen Toren Unterschriften gesammelt.



Am gleichen Tag gingen zwei Kollegen zu den freigestellten Betriebsräten im Büro. In einem ziemlich lautstarken Gespräch machten die Kollegen ihren Standpunkt klar. — Jetzt gehen die gegen einen Kommunisten vor, aber paßt mal auf, etwas weiter, und dann sind auch die 'aktiven' Gewerkschafter dran. Das war doch schon mal so — hieß es. Und dann ganz klar an die Adresse der Betriebsräte, die ja schließlich der Kündigung zugestimmt hatten: Heute tut ihr nichts, wenn es um einen Kommunisten geht. Und was ist, wenn jetzt die Tarifrunde ist, wenn sich einer von uns bei einem Streik einsetzt? — Zum Schluß teilten sie den Betriebsräten dann noch einmal den Beschluß über die Unterschriftensammlung mit: Vielleicht kommt ja auch noch mehr!

Das war um 10 Uhr. Um 11.30 kam die Mitteilung: Kündigung zurückgenommen!

Kleines Nachspiel am Freitag: Wie vereinbart, erschien Genosse Wagner beim Personalchef. — Und siehe da, ein völlig anderes Bild als wenige Tage zuvor: ein Platz im dicken Sessel für den kommunistischen Arbeiter und ein diensteifriger Chef, der nur eine Sorge hatte: Ist doch jetzt alles vergessen und vorbei, nicht? Und immer wieder, sogar noch in der Tür: "Das Kündigungsschreiben. Vergessen Sie nicht, uns das Kündigungsschreiben zurückzugeben!

Kapital und Staat haben die Arbeiterklasse, die Massen und die Partei provoziert. Ihr Angriff ist zurückgeschlagen worden. Sie mußten Günther Wagner freilassen, sie mußten ihn wieder einstellen. Kein Wunder, daß sie diese Niederlage aus dem Gedächtnis der Arbeiter, aller anderen Werktätigen und der Partei auslöschen wollen. Aber wir werden die entscheidende Lehre aus diesem Kampf nicht vergessen: Wir haben gewonnen, weil wir offensiv gekämpft haben, weil wir eine Organisation haben, die KPD/ML, die diesen Kampf angeleitet und organisiert hat. Betriebsräte, die sich auf die Anweisungen der Betriebsleitung und auf die Gesetze der Kapitalistenklasse berufen, D'K'P-Führer, die ein Mitglied der KPD/ML zu einem Kriminellen stempeln wollen, sie haben sich in diesem Kampf offen auf die andere Seite der Barrikade gestellt. Dadurch ist vielen, auch denen, die noch nicht mit der Partei den Kampf führen wollen, klargeworden, daß der Kampf der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten im polischen wie im ökonomischen Kampf unter der Losung stehen muß:

Vereinigt euch im revolutionären Klassenkampf !

Im weiteren Kampf wird die Zahl derer wachsen, die mit uns sagen:

Vorwärts mit der KPD/ML

Revisionistisches

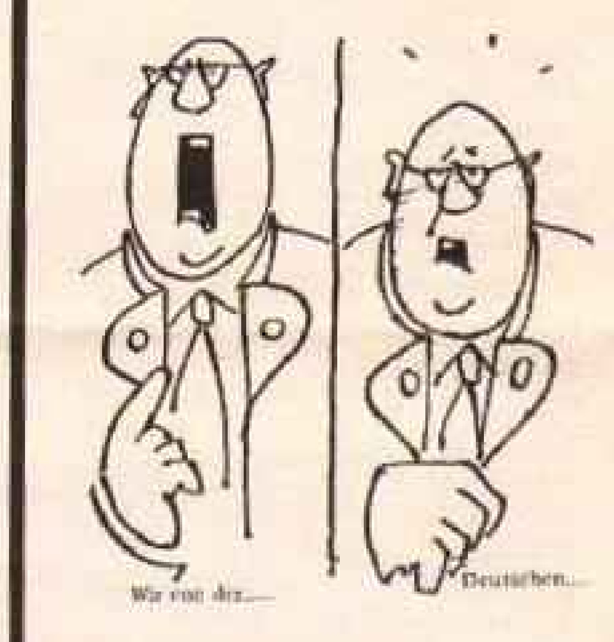
Religion in Polen

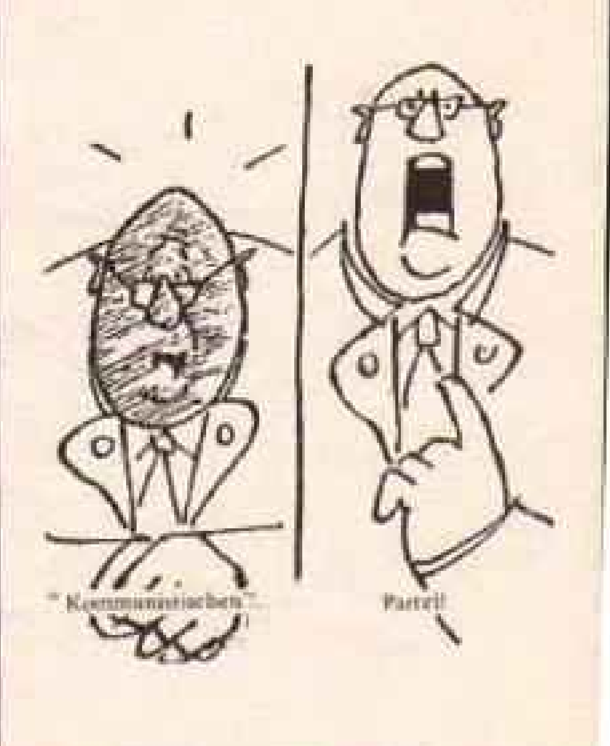
Religion ist Opium fürs Volk. Sie vernebelt die Köpfe des Volkes, um es vom Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung abzuhalten. Während die wirklich sozialistischen Länder einen unerbittlichen Kampf führen gegen Religion und Kirche, gewinnt die Kirche in den revisionistischen Staaten immer mehr Einfluß.

In Polen werden wieder 90% aller Kinder getauft. Mehr als 80% der Schüler nehmen am Religionsunterricht teil. Ständig werden neue Kirchen gebaut. Und damit nicht genug! Polen hat den stärksten Priesternachwuchs in ganz Europa.

Stalin hat Pfaffen und Kirchen streng verfolgt. In Albanien wurden die Kirchen in Sportanlagen oder Kulturzentren umgewandelt — auf Wunsch des Volkes, das in den Kirchen die Handlanger der alten Unterdrücker erkannt hat.

Die Revisionisten dagegen setzen die Religion bewußt ein als Waffe gegen das Volk, als Waffe gegen den Sozialismus. Der Gierek-Clique, der noch der Aufstand der polnischen Arbeiter von 1970 in den Knochen steckt, ist es natürlich lieber, wenn die Arbeiter und Bauern, statt zu demonstrieren, auf Wallfahrten gehen!





SOLIDARITÄT

Die Redaktion des Roten Morgen dankt allen Freunden und Genossen, die sich für die Freilassung des Genossen Wagner eingesetzt haben. Solidaritätsadressen erreichten uns von:
SVI e.V. (Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und Höheren Fachschulen); Rote Hilfe-Initiative Köln; Arbeitskreis der Werktätigen an den Krankenhäusern Münster; öffentliche Versammlung des Kampfkomitees Bethaniens/Westberlin; Teilnehmer einer Albanienveranstaltung in Gelsenkirchen; Roter-Morgen-Leserkreis Brackwede, Roter-Morgen-Leserkreis Münster, 11 Teilnehmer eines offenen Schulungskreises der KPD/ML Oldenburg; Betriebszelle Klöckner/Bremen, 2 Genossen aus Bremen; KSB/ML Kiel; Rote Garde Bielefeld/Brackwede; Betriebszelle der Roten Garde Frankfurt; 3 Kieler Genossen.
Die Teilnehmer einer Veranstaltung der Liga, Vietnamkomitee, KJK, SK/ML, KSV und Rote Garde faßten eine Resolution zur Freilassung des Genossen Kranzusch und des Genossen Wagner. Das gesammelte Spendengeld von 74 DM wurde auf die zwei Genossen aufgeteilt.

An Spenden sind bisher eingegangen:

Sammlung bei der Demonstration in Duisburg	342,– DM
Arbeitertreff Hannover	20,80 DM
H.z., Kusterdingen	10,– DM
P.R., Kiel	100,– DM
H.M., Bochum	505,– DM
N.B., Dortmund /ein Schichtlohn)	70,– DM
Insgesamt:	1 047,80 DM

Aufenthaltsgenehmigung für Mehrdad Adrom erkämpft !

Nachdem die westdeutschen Behörden den Perser Mehrdad Adrom am 15.10. ins Ausländerlager Zirndorf bei Nürnberg eingewiesen hatten, nahm der Kampf gegen die ihm drohende Abschiebung nach Persien einen erneuten Aufschwung. In vielen Städten Deutschlands wurden Unterschriften gesammelt, so 500 in Nürnberg, 300 in Kempten - davon 30 auf einer Gewerkschaftsjugendversammlung - 210 in Bielefeld. In Nürnberg fanden Kundgebungen und eine Veranstaltung der KPD/ML statt, in der Nähe des Lagers Zirndorf eine Kundgebung der CISNU (Conföderation Iranischer Studenten).

Dieser Kampf hatte Erfolg. Am 19.10. wurde Mehrdad aus dem Lager entlassen. Er erhielt Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für ein Jahr.

UNTERNEHMERBRIEF:

"Agitatoren isolieren"

In einer Beilage zum "Unternehmerbrief" Nr. 37 heißt es unter dem Titel "Linksradikale im Betrieb":

"Bei den Tarifauseinandersetzungen der letzten Zeit, vor allem bei den wilden Streiks, waren linksextremistische Gruppen immer dabei. Ihre Agitation bereitete den Boden. Ihre Führer setzten sich an die Spitze der Streikbewegung."

An anderer Stelle werden den Betriebsleitungen "Ratschläge für die Praxis" gegeben, wie sie die verräterische Rolle reaktionärer Betriebsräte wahren sollen:

— Wahren Sie die Autorität des Betriebsrates, unterbinden Sie alles, was seinem Ansehen schaden könnte."

— "Führen Sie keine Verhandlungen mit selbsternannten Arbeiterführern."

— "Isolieren Sie die Agitatoren im Betrieb und in der Gewerkschaft."

Wer tatsächlich im Betrieb isoliert ist, bejammert offen eine interne Zeitung der Sozialdemokraten:

Ohne Kommentar

M/T: Kollege Behrens, welche Rolle spielte die SPD-Betriebsgruppe Küppersbusch bei den Arbeitsniederlegungen?
Behrens: Erst einmal muß ich sagen, daß unsere Betriebsgruppe erst seit einem halben Jahr besteht und noch nicht ins Bewußtsein der Kollegen eingedrungen ist. — Aber was sollen wir machen? Regierungspolitik vertreten? Die Kollegen würden uns jagen. Wir sind als SPD-Betriebsgruppe in einer schwierigen Lage...
M/T: Und wenn ihr euch als Betriebsgruppe zu einer aktiven Lohnpolitik entschlösset?
Behrens: ...Ja dann. Aber das hängt nicht nur von uns ab.

(Aus: Offensive, Oktober 1973, SPD Jungsozialisten, UB Gelsenkirchen, Interview mit Küppersbusch-Betriebsräten)

Zotenreißer im Dienste seiner Majestät

Nach dem Ausbruch der französischen Revolution zitterten die gekrönten Häupter Europas um eben dieses Haupt. Besonders der österreichische Kaiser Franz II. mußte sehr viel Angst um seinen Kopf haben, denn im damaligen Vielvölkerstaat brodelte es gewaltig. Hunderte von Schnüfflern fahndeten in Wirtshäusern, Herbergen u.s.w. nach Jakobinern, also nach Revolutionären. Damals wünschte man bei Hof keine Gespräche über soziale Mißstände, und das Wort 'Paris' war in Wien so verpönt wie das Wort Revolution.
Auf Anordnung der Polizei und in ihrem Dienste gingen deshalb in den Lokalen bezahlte Zotenreißer unters Volk, um die Gespräche auf unverfängliche Gegenstände, eben auf die Pornographie, der damaligen Zeit zu lenken.

Gedicht eines Soldaten

Ich bin Arbeiter und leiste zur Zeit meinen Wehrdienst ab.
...Ich habe hierzu auch ein Gedicht geschrieben und kann den Z-lern (Zeitsoldaten), Schleifern und verkappten Existenzen, die sich beim Bund auf Kosten des Volkes mästen und eines Tages als Handlanger des Kapitals wieder versuchen werden, uns in einen neuen Krieg zu hetzen, nur sagen: Schleift uns und drückt uns doch! Der Hass, den Ihr dadurch in uns jungen Arbeitern, Bauern und Studenten hervorruft, wird eines Tages tausend- und millionenfach zurückschlagen!

Wir sind Soldaten der Bundeswehr
ertragen Druck und Schikanen.
Doch wir kämpfen für den Aufbau
eines roten Heeres,
um den Kampf des Volkes zu tragen.

Wir sind Soldaten der Bundeswehr
hassen Z-ler und ihre Dienstgrade
Wir machen W 15 und keinen Tag mehr
und zählen am Maßband die Tage.

Wir sind Soldaten der Bundeswehr
und wir kennen den Kampf
zweier Klassen
Wir wissen: Kein Bonze besiegt uns mehr
weil unsere Gewehre sie hassen.

Wir sind Soldaten der Bundeswehr,
erlernen Taktik und Waffen.
Damit fegen wir einst ihre Villen leer
Auf Soldaten! Wir werden es schaffen!

Wir sind Soldaten der Bundeswehr
und dienen angeblich dem Frieden
Doch mit Friedensgesäusel und Ostverträgen
planen Bonzen neue Raubkriege.

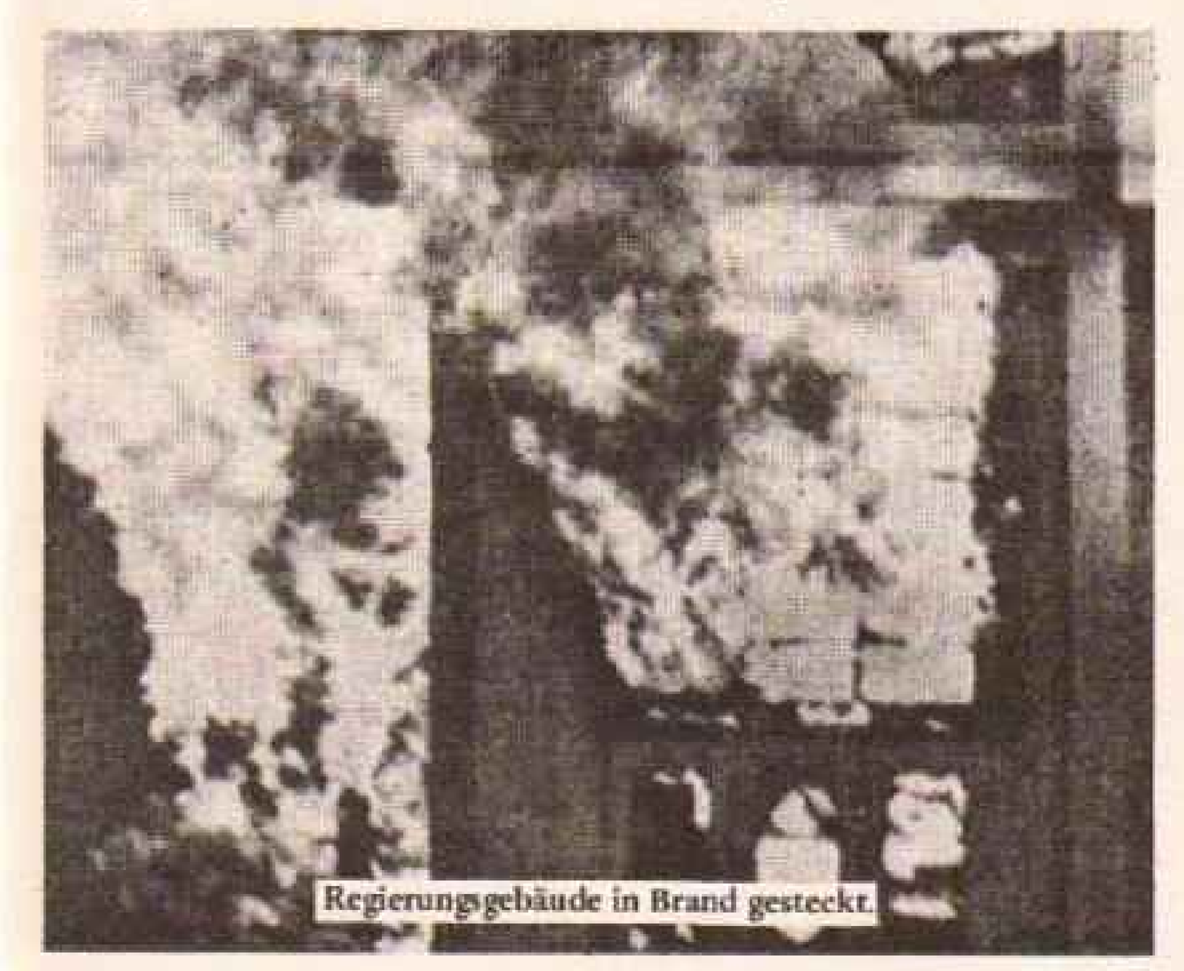
Wir sind rote Soldaten in der Bundeswehr
und erkennen längst deren Sinn.
Wir wissen, eine Armee des Volkes muß her,
keine Schutzmacht für Unternehmergewinn.

Wir sind Soldaten eines Arbeiterheers;
bekämpfen die Bosse und ihre Lakai'n
Wir erzwingen das Ende der Bundeswehr,
umso schneller, je mehr sich bei uns einreih'n!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Thailand US-Bastion erschüttert

Thailand – das ist der letzte große Stützpunkt der US-Imperialisten in Indochina. Auch dort wächst der Kampf des Volkes gegen die amerikanischen Besatzer und ihre einheimischen Helfershelfer. Im letzten Jahr nahm der Kampf der Studenten und anderer fortschrittlicher Menschen gegen das reaktionäre Militärregime, gegen die US-Aggressoren, einen großen Aufschwung. In gewaltigen Straßenschlachten Mitte Oktober, bei denen Polizei und Armee mehr als 300 Menschen ermordeten, erzwang das Volk den Rücktritt der Militärregierung Kittikachorn. Die Volksmassen erzwangen die Einsetzung eines zivilen Kabinetts – nach 15 Jahren Militärregierung! – das umgehend Neuwahlen und eine Verfassung versprechen mußte.


Regierungsgebäude in Brand gesteckt.

Während des Raubkrieges der US-Imperialisten in Indochina behauptete die thailändische Regierung, neutral zu sein. In Wahrheit aber stand diese 'Neutralität' nur auf dem Papier. Die Militärs in Bangkok sind Marionetten der US-Imperialisten. Thailändische Truppen mußten gegen das vietnamesische Volk kämpfen – so sah Nixon's 'Vietnamisierung des Krieges' aus. 1972, als Nixon viel von 'Truppenrückzug aus Indochina' redete, um die Wahlen zu gewinnen, da wurden zwar Soldaten aus Vietnam abgezogen. Aber nur die wenigsten kehrten in die USA zurück. Sie wurden in Thailand stationiert. Auch die US-Bomberflotte, die mörderische Angriffe gegen Nordvietnam geflogen war, wurde auf thailändischem Gebiet stationiert. Noch heute stehen mehr als 50 000 US-Besatzertruppen in Thailand, jederzeit zum Kampf abrufbereit.

Und nicht nur die US-Imperialisten wollen Thailand in ihrer Hand behalten! Die japanischen Imperialisten beherrschen große Teile der Wirtschaft.

Für das thailändische Volk bedeutet diese doppelte Besatzung: Hunger, Reismangel, hohe Teuerungsraten! Aber das Volk kämpft gegen diese Fremdherrschaft! Die Kommunistische Partei Thailands und die patriotische Armee Thailand organisieren den Widerstand und fügen den US-Besatzern und ihren Handlangern empfindliche Verluste zu. Allein im Januar 1973 töteten sie 195 feindliche Soldaten, schossen sie 2 Hubschrauber ab, erbeuteten sie eine Menge Waffen.

Um den Widerstand des Volkes zu brechen, errichteten die US-Imperialisten zusammen mit der Militärregierung 1971 eine offene Diktatur. Seither herrscht der Ausnahmezustand.

Anfang Oktober wurden 13 Demonstranten verhaftet. Innerhalb weniger Tage weitete sich der Kampf um ihre Freilassung aus zum Kampf um den Sturz der verhaßten Regierung. Zehntausende kämpften auf den Straßen, holten sich Waffen in den Polizeiwachen. Regierungsgebäude wurden angezündet. Polizisten warfen ihre Uniformen weg, um nicht gelyncht zu werden. Die Regierung setzte Polizei und Armee ein, um den Aufstand zusammenzuschießen. Mehr als 300 Tote blieben zurück. Empört forderte das Volk den Tod von Ministerpräsident Kittikachron und seiner Helfershelfer. Nur durch rasche Flucht konnten sie sich vor dem gerechten Zorn der Massen retten.

Die Aufstände sind ein Schlag gegen die US-Imperialisten und ihre Handlanger im Land, die neue Regierung ist keineswegs antiimperialistisch eingestellt, sie wird den Kampf des Volkes gegen die US-Aggressoren nicht organisieren. Noch immer haben die Militärs großen Einfluß, der Ausnahmezustand wurde nicht aufgehoben. Aber viele durchschauen, daß diese Regierungseinsetzung ein Abwieglungsmanöver sein sollte. Auch nach der Regierungseinsetzung gingen Polizeistationen in Flammen auf.

Aber das thailändische Volk hat gezeigt, daß es nicht länger unter der Knute der US-Imperialisten und ihrer Helfershelfer leben will. Der Kampf ist nicht zu Ende. Selbst eine bürgerliche Zeitung wie das 'Handelsblatt' schreibt: 'Der neue Ministerpräsident wird noch eine Weile mit Unruhen in der Bevölkerung leben müssen.'

Als 1927 die chinesische Jugend in Shanghai große Demonstrationen durchführte, sagte Mao Tsetung voraus, daß dieser Kampf der Jugend ein Vorbote sei für kommende große Kämpfe der Arbeiter und Bauern. Die Geschichte hat bewiesen, daß Mao Tsetung recht behält. Auch die Bewegung unter der Jugend Thailands ist ein Vorbote für große Kämpfe des Volkes gegen US-Imperialisten und innere Reaktion.

Aus aller Welt

STREIKENDE ARBEITER BESETZEN ERZBISCHOF-PALAIS

60 Arbeiter der öffentlichen Transportgesellschaft von Sevilla halten seit dem 15.10. das Palais des Erzbischofs von Sevilla besetzt. Sie waren um höhere Löhne in Streik getreten.

STREIKS IN FRANKREICH

40 000 Angestellte des Öffentlichen Dienstes demonstrierten in Paris für höhere Löhne, gegen das unverschämte 'Angebot' der Regierung von 1,75%. Gleichzeitig wurde der Streik der Eisenbahner und der Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke fortgesetzt.

LIP: DER KAMPF GEHT WEITER!

Die Kollegen von Lip (Frankreich), die nach der Schließung ihres Werkes durch die Kapitalisten das Werk besetzten, Maschinen auslagerten und Produktion und Verkauf in die eigenen Hände nahmen, haben beschlossen, ihren Streik fortzusetzen. Sie lehnten einen 'Sanierungsplan' der Regierung ab, nach dem 159 Arbeiter entlassen werden sollten, um die Produktion wieder anzukurbeln. Die Führer der revisionistischen KPF und CGT hatten versucht, diesen Plan der Regierung im Betrieb durchzusetzen. Die Arbeiter bei Lip haben diesen Plan als übles Spaltungsmanöver erkannt. Die Mehrheit stimmte dagegen.

US-KRIEGSSCHIFFE IN ITALIEN BOYKOTTIERT!

Der Kampf der arabischen Völker gegen die Zionisten und ihre Hintermänner, die US-Imperialisten, wird auch von den europäischen Arbeitern unterstützt. In Livorno weigerten sich die Hafenarbeiter, ein amerikanisches Kriegsschiff mit Munition zu beladen. Auf einer Versammlung beschlossen sie, daß "die italienischen Häfen in keiner Weise zu Operationen benutzt werden dürfen, die zu einer Ausweitung des Nahost-Krieges führen könnten."



Italienische Solidaritätsdemonstration im September 1970.

Albanien Rias-Hetze und Wirklichkeit

Am 25.9.73 konnte man über den RIAS Berlin in der "Rundschau am Morgen" eine Sendung über Albanien hören. Herr Rau aus Wien, der Verfasser, war dort. Sein Bericht strotzt von detaillierten Einzelheiten darüber, wie in Albanien am Strand von Durres die westdeutschen Arbeiter und Revolutionäre angeblich geistig und körperlich gedrillt werden. Eine Kostprobe: "Beim täglichen Frühsport wird auch praktische Revolution exerziert. Man übt fleissig Handkantenschläge, Arm-Fesselgriff, den Fingerstoß in die Augen des Gegners und andere Guerilla-Nahkampftaktiken . . ." Die Masche dieses sauberen Schreiberlings ist alt. Immer wenn in Deutschland die Massen darangingen, militant den Kampf gegen das Kapital und seine Handlanger zu führen, war eine solche "Polituniversität" schnell bei der Hand: in Moskau, in der DDR und heute eben in Albanien, in Durres. Genauso alt ist der Nachteil dieser Propagandamethode der Bourgeoisie jeder, der will, kann schließlich hinfahren und sich vom Gegenteil überzeugen. Jeder, der Augen im Kopf hat, kann sehen, daß hunderte von Arbeitern und andere Werktätige heute militant - wenn auch nicht mit den Methoden, die Herr Rau "gesehen" hat, den Kampf gegen das Kapital führen. - Die meisten von ihnen kennen noch nicht einmal vom Namen her dieses Exerzierlager Durres. Und diese Arbeiter werden eines Tages zusammen mit den Volksmassen unter der Führung der KPD/ML die sozialistische deutsche Räterepublik errichten. - Mag Herr Rau sich denn den Kopf zerbrechen, wie diese Millionen und Abermillionen alle im Exerzierlager Durres Platz finden konnten.

Liebe Genossen von der Redaktion,

Ich war in diesem Sommer in Albanien, in demselben Ort, der von diesem ehrenwerten Herrn beschrieben worden ist, nämlich Durres. Nachdem mir der Inhalt der besagten Sendung mitgeteilt wurde, ärgerte ich mich ungeheuerlich, daß ich den neuesten James Bond zwischen den Touristen nicht erkannt hatte, der, nachdem er sich zwischen lauter "Guerillas" eingeschlichen hatte, lebendig wieder nach Hause kam, ohne entdeckt zu werden. **Wie sieht es in Durres wirklich aus ?**

In diesem Sommer hat die Gesellschaft der Freunde Albaniens 5 Reisen nach Albanien organisiert mit Bus und Flugzeug. In diesen Reisen gab es Menschen aus allen möglichen Schichten: Arbeiter, Angestellte Studenten, die an Albanien aus irgendeinem Grund interessiert sind. Natürlich waren auch Kommunisten darunter, die eben an Albanien interessiert sind, weil es das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa ist. Und natürlich fahren nach Durres auch die von Albanien anerkannten Kommunistischen Parteien Westeuropas darunter die KPD/ML. Klar ist, daß diese Kommunisten ihr Kommunistsein in Albanien nicht an den Nagel hängen. Sie führen Theaterstücke auf und machen Wandzeitungen, in denen sie auf die Verhältnisse im eigenen Land eingehen und den Ausweg aufzeigen. Allen gemeinsam aber ist, daß sie sehen und hören wollen, wie es in Albanien aussieht. Und die Albaner zeigen es uns. Sie zeigen uns ihr Land, ihre Fabriken, ihre Staatsfarmen und ladwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, ihre Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Museen, Gemäldegalerien, ihre Oper.

Und was sie uns gezeigt haben, hat mich begeistert. Ich war begeistert über die herzliche Atmosphäre, die uns entgegengebracht wurde und die überall in Albanien herrscht, sei es in der Fabrik zwischen Arbeitern und Ingenieuren, in der Schule zwischen Schülern und Lehrern usw. usf. Das ist auch leicht zu erklären, denn hier gehört der Staat den Arbeitern und Bauern. Sie haben während der Besetzung durch die italienischen und hitlerfaschistischen Truppen im 2. Weltkrieg unter Führung ihrer Kommunistischen Partei ihre Sache in die eigenen Hände genommen und haben sie sich bis jetzt auch nicht wieder wegnehmen lassen.

Wenn wir erst einmal soweit sind, werden solche Schmierfinken wie der Rau bestimmt nicht mehr solchen Unsinn im Rundfunk verbreiten können.

Rotfront
Norbert J.

Erste Veranstaltung der KPD/ML in Heidelberg

Am 13.10.73 fand die erste Veranstaltung der KPD/ML in Heidelberg statt. Die KPD/ML ist in Heidelberg durch die Arbeit der Genossen schon gut bekannt. Regelmäßig werden samstags im Stadtzentrum 25 bis 30 Rote Morgen verkauft. Als der Prozeß gegen den Genossen Ernst Aust lief, wurden dort innerhalb von 2 1/2 Stunden 123 Unterschriften für den Vorsitzenden der KPD/ML gesammelt.

Die erste Veranstaltung stand unter dem Thema: Aufbau des Sozialismus in Albanien. Flugblätter luden dazu ein. Am Nachmittag informierte eine Ausstellung über die sozialistische Volksrepublik Albanien. Abends war der Saal vollbesetzt. Ein Dia-Vortrag fand große Aufmerksamkeit. Zumal Genossen über Albanien erzählen konnten, die selber dort gewesen waren.

Nach der Diskussion wurden 30 DM für die politischen Gefangenen gesammelt. Bei dieser Veranstaltung konnte die Partei zwei neue Kontakte gewinnen.

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 – 6.30	41 und 5o Meter 215 Meter
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 5o Meter 215 Meter
23.00 – 23.30	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	206 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entsprechen knapp 1400 KHz (Mittelwelle)
206 Meter entsprechen 1456 KHz (Mittelwelle)

RADIO PEKING

19.00 – 19.30 Immer 43,7; 42,8
21.00 – 22.00 und 76,2 Meter

KAMPF DER KLASSENJUSTIZ

Mit Strafbefehl und Polizeidiktat gegen Meinungsfreiheit

Am 15.10.73 erhielt Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, einen Strafbefehl über 5 000 DM ersatzweise 50 Tage Haft. Die Anklage lautet auf 'üble Nachrede', gemäß § 186, 200 StGB. Worum geht es? Im ROTEN MORGEN Nr. 21 vom 23.10.72 heißt es in einem Artikel über das Massaker in Fürstenfeldbruck unter der Überschrift: "Auch Geiseln von Münchner Polizei erschossen": "Auf Grund ballistischer Untersuchungen der Geschoßbahnen in den Körpern der Geiseln wurde bestätigt, daß die Geiseln, wie im Fall der Bankangestellten Ingrid Reppel vor einem Jahr von den Münchner Mordkommandos der Polizei erschossen wurden."



Das Würzburger Amtsgericht ist der Meinung: "Es handelt sich hierbei um eine nicht erweislich wahre Tatschenbehauptung hinsichtlich Münchner Polizeibeamter, die diese in der öffentlichen Meinung herabzusetzen geeignet sind."

Wohlgemerkt, der Münchner Polizei wie dem Gericht geht es um Tatsachen! Tatsachen haben den Vorteil, daß sie sich beweisen lassen. In diesem Fall durch ballistische Untersuchungen. Die Untersuchungsergebnisse sind dem Gericht bekannt, auf jeden Fall zugänglich. Schließlich wurden die Untersuchungen von Kriminalisten durchgeführt.

Warum lädt das Amtsgericht den Genossen Ernst denn nicht vor Gericht, wie sonst bei 'übler Nachrede' üblich? Warum nutzt die Klassenjustiz nicht die Gelegenheit, den Vorsitzenden der KPD/ML, sozusagen auf frischer Tat ertappt, öffentlich vor dem ganzen Volk als Lügner bloßzustellen? Warum nutzt sie nicht die Gelegenheit, den Feldzug der Kommunisten gegen Ausbeutung und politische Unterdrückung als eine großangelegte Verleumdungskampagne gegen arbeiterfreundliche Unternehmer, menschenfreundliche Polizisten und Richter zu entlarven?

Der gesunde Menschenverstand läßt nur eine Schlußfolgerung zu: **Weil die Tatsachen, die die Münchner Polizei und das Amtsgericht Würzburg kennen, nicht geeignet sind, vor dem urteilenden Auge des Volkes zu bestehen. Weil die Klassenjustiz keine Beweise hat, die die Tatsachen, die der ROTE MORGEN schreibt, widerlegen!**

Und wenn dem Staat die Tatsachen nicht passen, weil sie Polizisten in der öffentlichen Meinung herabsetzen, dann werden sie per Strafbefehl, per Schnelljustiz, für Lüge erklärt.

Das ist ein ungeheuerlicher Anschlag auf die Meinungsfreiheit, auf die Pressefreiheit in unserem Land. Das heißt auf Deutsch: Journalist, schreibe nicht, was du siehst, schreibe nicht, was Tatsache ist. Schreibe, was dir die Justiz diktiert. Lüge, oder zahle. Lüge, oder geh ins Gefängnis!

Ein Einzelfall? Ein Irrtum der Würzburger Justiz?

Nein! Dieser Strafbefehl gegen den Vorsitzenden der KPD/ML steht in einer Reihe mit der Anweisung des Bonner Innenministeriums, künftig gegen jeden Anzeige zu erstatten, der die Methoden mit denen gegen die inhaftierten Mitglieder der Roten Armee Fraktion vorgegangen wird, Isolierhaft nennt.

Er steht in einer Reihe mit den in die Hunderte gehenden Anzeigen, Strafbefehlen und Urteilen gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen, die die Tatsachen in diesem Staat beim richtigen Namen nennen.

Oder nehmen wir die Auflage bei der Demonstration in Duisburg gegen die Verhaftung von Genossen Günther Wagner. Hier wurde noch nicht einmal ein Gericht bemüht, um durch klassenrichterlichen Spruch die Wahrheit zu unterdrükken. Hier befahl einfach die Polizei: Es ist verboten, im Zusammenhang mit der Festnahme des Herrn Günther Wagner von Gestapo-Methoden zu sprechen und zu schreiben.

Damit tritt die Klassenjustiz die elementarsten Rechte des Volkes mit Füßen. Hier wird die demokratische Fassade der Meinungsfreiheit, vom 'Recht im Namen des Volkes', von 'Trennung der Gewalten' von ihren Erbauern selbst eingerissen.

Das sind Polizeistaatmethoden

Der Strafbefehl gegen Genossen Ernst Aust zeigt klar: Es ist sinnlos, an die Vernunft des Staates und seiner Justiz zu appelieren.

Die Bourgeoisie kennt nicht Recht und Unrecht. Die Bourgeoisie kennt nur eines: Den Nutzen ihrer Klasse, die Durchsetzung ihrer Ausbeuterinteressen gegen das Volk mit den Gewaltmethoden der Polizei, Justiz und Armee.

Wer für das Recht und gegen das Unrecht kämpfen will, wer für die Meinungsfreiheit und für die Demokratie des Volkes ist, der muß den revolutionären Klassenkampf im Betrieb, in der Armee und auf der Straße führen.

Genosse Ernst Aust hat gegen den Strafbefehl des Amtsgerichts Würzburg bereits Widerspruch eingelegt. Die Bourgeoisie wird sich der KPD/ML und ihrem Vorsitzenden in der Öffentlichkeit stellen müssen! Wir rufen alle demokratischen fortschrittlichen und kommunistischen Kräfte und Organisationen auf:

Kämpft mit uns gegen diesen Anschlag auf die Meinungsfreiheit der Kommunisten und aller fortschrittlichen Menschen und Organisationen!

FREISPRUCH FÜR GENOSSEN ERNST AUST!

STOPPT DEN TERROR VON JUSTIZ UND POLIZEI!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

HÄNDE WEG VON DER KPD/ML!

DER KOMMUNISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!

Polizeiterror im Prozess gegen Genossen Uli Kranzusch

Am 15. 10. begann in Bonn der Prozeß gegen Uli Kranzusch. Genosse Uli wurde bei der Rathausbesetzung in Bonn verhaftet und seither in Untersuchungshaft gehalten – mehrere Monate in strenger Isolierhaft (RM Nr. 40). Genosse Uli war der einzige, der bei den Demonstrationen gegen den Besuch von Thieu in der DBR verhaftet wurde. Ihn versuchen Polizei und Klassenjustiz nun mit ihrer ganzen Wut niederzuschlagen – um die Arbeiterklasse und revolutionäre Organisationen zu treffen. Die Klassenjustiz hat ein ungeheures Lügengebäude gegen ihn aufgebaut. 'Versuchter Totschlag an einem Polizisten' – so lautet die Anklage. Die Rosenburg in Bonn, wo der Prozeß stattfindet, gleicht einer belagerten Festung.

'Rosenburg' – das ist nicht ein beliebiger Name für irgendein Haus. Der Prozeß gegen Genossen Uli wird in einer finsteren, mittelalterlichen Burg abgehalten. Meterdicke Mauern, gut kontrollierbare Zufahrtswege. Während Zuschauer nur einzeln im Gänsemarsch das Tor passieren dürfen, werden die Politischen Polizisten gleich dutzendweise im Bus in den Hof gekarrt. Wasserwerfer, Gitterabsperrungen überall, dazu berittene Polizisten und Hundestaffeln.

Dieser Terror richtet sich gegen die Zuhörer – 60 Menschen höchstens, denn mehr werden in den Saal nicht eingelassen. Den Rest der Plätze besetzen schwerbewaffnete Zivilpolizisten. Jeder Zuschauer wird einzeln schikaniert, seine Personalien aufgenommen. Mehrmalige Personalienkontrolle und Leibesvisitation genügen der Polizei noch nicht zur Abschreckung: Zuschauer werden sogar erkennungsdienstlich behandelt. Gleich am ersten Verhandlungstag läßt der Richter sieben Zuhörer brutal aus dem Saal schleppen.

Hinter dem Mäntelchen von 'Sicherheit' und 'Ordnung im Gerichtssaal' wird hier systematisch der Ausschluß der Öffentlichkeit praktiziert. Aber Genosse Uli läßt sich nicht einschüchtern. Mutig verteidigt er die Besetzung des Rathauses in Bonn, klagt er den faschistischen Thieu und seine Komplizen, die westdetuschen Imperialisten, an. Daß die Lügen der Staatsanwaltschaft juristisch auf kurzen Beinen stehen, zeigt schon daß sogar das bürgerliche Gericht den Vorwurf des 'versuchten Totschlages' zurücknehmen muß. Die Polizisten, die angeblich schwer verletzt wurden – so schwer, daß sie Genossen Uli sogar noch verhaftet haben – können ihn nicht mehr identifizieren. Es gibt keinen Beweis, daß der Genosse eine Eisenstange trug, schon gar keinen, daß er damit Polizisten angriff.

Aber lassen wir uns nicht täuschen! Für die Klassenjustiz zählen nicht Beweise! Genosse Uli hat unter den Fahnen der Liga gegen den Imperialismus, gegen Unterdrückung und Ausbeutung gekämpft. Ohne Zweifel will ihn die Klassenjustiz zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilen, um diesen gerechten Kampf zu kriminalisieren. Nur durch unseren geschlossenen Widerstand kann es gelingen, den Genossen freizukämpfen.

Terrorurteile gegen Hamburger Hausbesetzer

Auch im Prozeß gegen 6 revolutionäre junge Menschen, die in Hamburg wegen einer Hausbesetzung vor Gericht standen, regierte die Polizei. Im Zeugenstand standen die Polizisten, die das besetzte Haus in einer Nacht- und Nebelaktion mit Waffengewalt, Wasserwerfern, Schlägen und Tritten 'geräumt' hatten. Am 19.10. wurden die Urteile verkündet. Der Kampf gegen die Verurteilung der Hausbesetzer hat erreicht, daß der Anklagepunkt 'Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung – §129' fallengelassen wurde. Trotzdem wurden hier Terrorurteile ausgesprochen: 1 Jahr Gefängnis ohne Bewährung für Karl-Heinz Dellwo, der ein halbes Jahr in Isolierhaft saß und dort von Polizisten mißhandelt wurde. 9 Monate Gefängnis für einen zweiten Angeklagten.

Aufruf

Das Vorgehen von Polizei und Justiz gegen die Kölner Fordarbeiter, die Tatsache, daß in Baden-Württemberg die Polizeibehörden Anweisung haben, bei spontanen Streiks sofort Ermittlungen einzuleiten, sind nur zwei Beispiele dafür, daß die Bourgeoisie momentan einen wahren Feldzug von Strafanzeigen, Prozessen, Strafbefehlen gegen fortschrittliche Menschen, gegen Kommunisten beginnt. Darauf muß organisiert geantwortet werden. Wir bitten unsere Leser darum, den Roten Morgen sofort von jedem Angriff der Justiz zu informieren. Wenn es möglich ist, bitte Fotokopien der Materialien beilegen.

Hinweis

Dieser Ausgabe des Roten Morgen liegt ein Extrablatt bei.

Keine Ausweisung von Baha Targün !

Aufruf der Patriotischen Einheitsfront der Türkei

Im vergangenen Monat haben die Arbeiter der Ford-Werke auf eigene Initiative mit einem Streik angefangen. Dieser Streik war ein gerechter Kampf gegen die unmenschliche Ausbeutung und Unterdrückung der Ford-Kapitalisten. Türkische, italienische, jugoslawische und ein Teil der deutschen Arbeiter haben sich an dem Streik beteiligt. Die Streik-Bewegung ist entstanden, weil die Ford-Kapitalisten die türkischen Arbeiter, die während des Urlaubs krankgefeiert haben und deshalb später zur Arbeit erschienen sind, entlassen haben und auf die anderen Arbeiter zusätzliche Arbeit abwälzen wollten.



Die streikenden Arbeiter haben gefordert:

- Die Entlassungen müssen gestoppt bzw. die Entlassenen wieder eingestellt werden.
- Der Urlaub muß 6 Wochen im Jahr betragen.
- 1 DM mehr Stundenlohn!
- Die Geschwindigkeit der Bänder muß verlangsamt werden.
- voller 13. Monatslohn!
- Lehrlinge müssen monatlich mindestens DM 600 bekommen.
- Die Streiktage müssen voll bezahlt werden.

Der Streik hat 7 Tage gedauert. Die Kapitalisten haben alle denkbaren Möglichkeiten ausprobiert, um den Streik zu brechen. Der DGB hat sich gegen den Streik gestellt. Die Presse hat den Streik zum 'wilden Streik' erklärt. Willi Brandt hat sich als Regierungschef 'unparteiisch' erklärt und sagte, daß dies "eine Sache zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern ist und von ihnen zusammen erledigt werden sollte". Der Streik wurde von allen türkischen und anderen ausländischen Arbeitern sowie von den deutschen Arbeitern und fortschrittlichen Kräften unterstützt.

Der Streik wurde von den Arbeitern auf eigene Initiative begonnen und von dem Streikkomitee, das die Arbeiter gewählt haben, geführt. In dem Streikkomitee waren deutsche, italienische, türkische, jugoslawische Arbeiter vertreten. Die Kapitalisten haben das Komitee nicht anerkannt und mit ihm keine Verhandlungen geführt.

800 mit Meisterkitteln bekleidete Polizisten wurden in der Nacht heimlich in die Fabrik eingeschleust. Die Polizisten waren bewaffnet. Sie schrien: "Wir wollen arbeiten" und haben die nicht auf Verteidigung eingerichteten Arbeiter angegriffen. Die Arbeiter wollten handgreifliche Auseinandersetzungen vermeiden. Aber etwa 800 bis 1 000 Polizisten haben auch von außen die Fabrik angegriffen und auf das an der Spitze marschierende Streikkomitee und die streikenden Arbeiter eingeschlagen. Sie haben die Festgenommenen abgeschleppt. So wurde der Streik gebrochen.

So hat man gesehen, was die "Unparteilichkeit" der deutschen Regierung bedeutet.

Das Streikkomitee und Streikleiter Baha Targün wurden entlassen. Jetzt stellen die Ford-Kapitalisten fest, welche Arbeiter bei dem Streik aktiv gekämpft haben und entlassen sie. Einige türkische Arbeiter sagen: "Wir arbeiten nicht in der Fabrik, in der wir geschlagen und beschimpft worden sind" und sie kündigen selbst.

Von der Ausländerpolizei wurde bereits entschieden, daß Baha Targün aus der BRD ausgewiesen wird. Die Polizei behauptet, daß seine Aufenthaltsgenehmigung um 5 Tage überschritten war, als er für eine Verlängerung derselben einen Antrag stellte.

Aber die Gültigkeit seiner Aufenthaltsgenehmigung und seines Passes war noch nicht abgelaufen. Die Entscheidung der Polizei ist eine politische Entscheidung. Für eine solche Behandlung von Baha Tyrgün gibt es nur einen Grund: Daß er mit seinen Arbeitskollegen gestreikt und sie ihre Rechte erkämpfen wollten.

Die Behandlung des Baha Targün ist im Grund genommen eine Unterdrückung, ein Angriff auf alle in der BRD beschäftigten Arbeiter, auf zehntausende ausländische Studenten und schließlich auf alle deutschen fortschrittlichen Kräfte. Jeder weiß, daß die Arbeitslosigkeit in den von Imperialisten ausgebeuteten Ländern von dieser Ausbeutung verursacht wird. Armut und Elend in diesen Ländern werden von imperialistischer Ausbeutung verursacht. Die Handlanger-Regierungen der Imperialisten wollen den Imperialisten ihre Arbeiter verkaufen und daraus Profite schlagen. Die Devisen, die von den Arbeitern in ihre Heimatländer überwiesen werden, werden zum Ausgleich der Außenhandelsbilanz dieser Länder benutzt. Die Arbeiter werden von diesen Ländern mit Einjahresverträgen verkauft. Die ausländischen Arbeiter bekommen den niedrigsten Lohn, verrichten die schmutzigsten und schwersten Arbeiten. Sie haben keine menschenwürdigen Behausungen. Sie werden unaufhörlich diskriminiert und unterdrückt. Mit dem Ausländergesetz werden ihnen die wenigen politischen Rechte jetzt gänzlich geraubt.

Die in- und ausländischen Organisationen, demokratischen Vereine und Personen haben das Ausländergesetz als faschistisch erklärt. Aber später haben sich auch Richter, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Kirchen-Angehörige, Arbeiter-, Studenten-, demokratische Lehrerorganisationen gegen das Gesetz gestellt. Sie fordern, daß dieses Gesetz abgeschafft wird. Das Vorgehen gegen Baha Targün zeigt, wie das Gesetz aussieht. Das Gesetz will die Kämpfe der ausländischen Arbeiter für die gleichen Rechte, wie sie die deutschen Kollegen haben, und für die politischen Freiheiten unterdrücken.

Wir rufen alle deutschen und ausländischen Arbeiter-, Studenten-, Lehrer-, Juristen- und andere demokratischen Vereine und Organisationen auf:

Das Vorgehen gegen Baha Targün ist im Grunde genommen gegen alle Ausländer in der BRD gerichtet. Wir müssen dagegen Widerstand leisten und unsere Stimme verstärken. Wir alle müssen die ausländischen Arbeiter beim Kampf für gleiche Rechte und politische Freiheiten unterstützen. Dieser Kampf ist gleichzeitig ein unteilbarer Bestandteil des Kampfes des deutschen Volkes und aller Demokraten für die Demokratie.

Protestieren wir beim Innenministerium in Bonn gegen die Ausweisung von Baha Targün und das faschistische Ausländergesetz.

Verbreitern wir die Front im Kampf gegen die unmenschliche Ausbeutung und grausame Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und gegen das Ausländergesetz.

PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT DER TÜRKEI
5.10.1973



Liebe Genossen! Marburg, 14.10.73

Im RM 40/73 sind mir zwei Fehler aufgefallen, auf die ich Euch aufmerksam machen möchte.

1. In dem Artikel: "Sowjetunion hält japanische Inseln besetzt" heißt es: "28 Jahre nach Kriegsende hält die sozialimperialistische Sowjetunion NOCH IMMER die japanischen Inselgruppen ... besetzt.
Die japanischen Fischer wurden nach der Besetzung bei Nacht und Nebel nach der Insel Nemoru verjagt."

In diesem Artikel entsteht der Eindruck, als haben sich die damals noch sozialistische Sowjetunion einer imperialistischen Eroberungspolitik schuldig gemacht.

2. Im Abschnitt Revisionistisches: "Keine Beweise".
Dort heißt es: "Dieser Linie wurden sogar Äußerungen ausländischer Kommunisten geopfert. Als der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro kürzlich..."

Hier entsteht der Eindruck, Fidel Castro sei Kommunist. Der Fidel Castro, der Cuba immer tiefer in die Arme des Sozialimperialismus führt und es an die Interessen der neuen Kremlzaren verkauft.

"Unverbesserlich" - So hätten es die Kapitalisten wohl gern

Jeden Freitag um 22.30 Uhr setzt die Bourgeoisie ihre Propagandamaschinerie massiv ein. Ihre Rechnung läuft so: am Samstag haben die meisten Arbeiter und Angestellten frei; also was tun sie Freitag abends – sie sitzen vor dem Fernsehschirm und schauen bis das Programm zu Ende ist; also versucht die Bourgeoisie am Freitag abend durch die Serie "Die Unverbesserlichen" ihre Ideologie dem Volk einzutrichtern.

Die Sendung erhebt den Anspruch, die Probleme des 'kleinen Mannes' aufzuzeigen. Ein Beispiel: das Familienoberhaupt, Herr Scholz, löst seine Rentenversicherung auf, steckt das Geld in eine Firma und bekommt anfangs 200 DM monatlich als Zinsen. Die Firma macht pelite. Das Konkursverfahren läuft, und zuerst werden die Angestellten ausbezahlt, dann der Staat, dann die Leute, die große Einlagen hatten und am Schluß kommen die kleinen Fische wie Herr Scholz.

So jedenfalls wird es dargestellt. In der Wirklichkeit gehen die Arbeiter leer aus, da der ehemalige Firmenchef seine Schäfchen schon vorher ins Trockene gebracht hat.

Was macht nun Herr Scholz?
Er versucht aus der Lage, in die heute viele Leute in der BRD geraten, herauszukommen, indem er zuerst mal der Familie was vorlügt und Aushilfsarbeiten macht, um die 200 DM zu verdienen. Dann geht er zum Konkursverwalter und schreit ihn an: Der kleine Mann ist immer der Lackierte! Als zu Hause die ganze Sache bekannt wird, wird das Problem folgendermaßen gelöst: Zuerst sind alle traurig über das verlorene Geld und dann heißt es, aber wir sind doch eine intakte Familie und gemeinsam überwinden wir diesen Schicksalsschlag schon.

So geht es die ganze Serie. Dort wo es sich ganz klar zeigt, daß der Kapitalismus ein Mißstand ist, lehrt uns die Familie Scholz: "Mißstände in dieser Gesellschaft" sind unverbesserlich, da kann man nichts machen. Aber eine gute Familie löst diese Probleme in der Familie.

Diese Theorie kennen wir schon! Das heißt nämlich:
Arbeiter, wenn dir die Arbeitsverhältnisse stinken, rede nicht mit deinen Kollegen darüber und organisiere deinen Kampf bloß nicht! Die Familie wird schon machen! Hausfrau, wenn dir die Preise im Supermarkt über den Kopf wachsen, kämpfe nicht gegen die Teuerungen, spare lieber am Essen ein oder gehe nebenher ein bißchen arbeiten.

Kommt dieser Vorschlag der Bourgeoisie zufällig Ende des Sommers 73? – Nein, das ist einer ihrer vielen Versuche, den wachsenden Grad der Organisierung abzublocken. Das gelingt ihnen aber auf die Dauer nicht, denn was die Arbeiterklasse am eignen Leib spürt, ist stärker als die Vorschläge der Scholz und Co.

Arbeiter, Hausfrau, nehmt organisiert den Kampf auf unter der Führung eurer Partei, der KPD/ML!

ROTE HILFE RECKLINGHAUSEN/HERTEN GEGRUNDET

Am 22.9.73 wurde die Rote Hilfe Recklinghausen/Herten gegründet.
Als erste Aktion führte die Rote Hilfe eine Kampagne für die Freilassung des Genossen Günther Wagner durch.
Die Rote Hilfe ist zu erreichen über:
Erwin Scheppat,
Herten, Postfach 1650.

Schluß mit der Spalterpolitik der Gruppe "KPD" !

Am 26.10.73 soll der türkische Arbeiter und Genosse Baha Targün, Mitglied der Streikleitung bei Ford-Köln, in die Türkei abgeschoben werden. Der Grund ist klar. Man will unsere ausländischen Kollegen einschüchtern und verhindern, daß sie in kommenden Streiks an der Seite der deutschen Kollegen kämpfen. In ihren faschistischen Heimatstaaten erwartet diese Kollegen Kerker und Tod. Die Regierung treibt durch die Abschiebungen unsere ausländischen Kollegen ihren Henkern in die Arme.

Von Abschiebung bedroht war auch der Perser Mehrdad Adrom. Durch den Kampf der CISNU, der Partei und durch den Einsatz von hunderten von Menschen konnte jetzt das erste Kampfziel: eine Aufenthaltsgenehmigung für Adrom, erkämpft werden. Mit der gleichen Kraft setzt sich die Partei auch für den Genossen Targün und für andere, von Abschiebung bedrohten fortschrittlichen Ausländern ein.
Die Gruppe 'KPD' behauptet nun, die KPD/ML weigere sich, den Kampf gegen die Abschiebung des Genossen Targün zu führen. Sie behaupten auch zu wissen, warum: Weil die Partei hier in diesem Kampf nicht die Führung habe und zu schwach sei, sie zu erringen.

Der Vorwurf, den die Gruppe 'KPD' erhebt, ist sehr ernst. Denn eine Partei, die nicht ehrlich kämpft, sondern allein auf Beifall der Massen aus ist, ist keine bolschewistische Partei. Prüfen wir also die Tatsachen.

Richtig ist, daß die KPD/ML das von der Gruppe 'KPD' gegründete 'Fordsolidaritätskomitee' nicht unterstützt, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Gründung des Komitees war ein spalterischer Akt. Ziel der 'KPD'-Initiatoren war nicht, eine breite Solidarität zu entfachen, sondern unter dem Deckmantel des Solidaritätskomitees eine RGO-Gruppe der 'KPD' aufzubauen. Dies haben einige 'KPD'-ler in den ersten Sitzungen des Komitees offen zugegeben. So wurde konsequenterweise beschlossen, daß nur Ford-Arbeiter in die Leitung des Solidaritätskomitees kommen dürften. Die Genossen der KPD/ML entlarvten diese überhaupt nicht auf eine wirkliche Solidaritätsbewegung ausgerichtete falsche Linie und verließen mit anderen Organisationen dieses sogenannte Solidaritätskomitee. Auf den Bündnisverhandlungen am 14.10. ließ ein führendes Mitglied des 'Fordsolidaritätskomitees' die Katze aus dem Sack. Man wollte mit diesem Vorgehen die KPD/ML und andere 'Sektierer' aus dem Komitee raushaben. Wir fragen alle ehrlichen Genossen der 'KPD': Hat ein solches Spalterkomitee überhaupt das Recht, sich 'Solidaritätskomitee' zu nennen?

Die Politik dieses Komitees begann mit einem konterrevolutionären Paukenschlag. Bei der nationalen Demonstration am 15.9. in Köln war das Tragen von Roten Fahnen und Organisationstransparenten "verboten". Den Genossen der KPD/ML, die diesen falschen Beschluß natürlich nicht akzeptieren konnten, die mit Roten Fahnen und KPD/ML-Fahnen zur Demonstration kamen, wurden diese Fahnen von 'KPD'-Ordnern heruntergerissen. Eine Selbstkritik des "Ford-Solidaritätskomitees" liegt bis heute nicht vor, stattdessen aber heftige Angriffe gegen die KPD/ML. Soll und kann man unter der Führung eines solchen Komitees demonstrieren?

Wie bei der 'KPD' schon üblich, waren vor den Bündnisverhandlungen Demonstrationsroute, Plakate usw. bereits festgelegt bzw. gedruckt. Die eingeladenen Organisationen sollten wieder einmal Ja und Amen dazu sagen, andernfalls wurden sie als "Spalter" "entlarvt". Eine Diskussion über die Politik des Komitees mit entsprechenden Konsequenzen für die Durchführung der Demonstration war deshalb nicht möglich.

Das sind die wahren Tatsachen, warum die KPD/ML dieses sogenannte "Ford-Solidaritätskomitee" nicht unterstützt. Wenn die 'KPD' diese Tatsachen durch Lügen in der 'Roten Fahne' aus der Welt schaffen will, dann zeigt das umso deutlicher ihre bankrotte Politik.

Wir werden uns dadurch aber nicht davon abhalten lassen, den Kampf gegen die Abschiebung ausländischer Kollegen weiter nach Kräften zu führen und alle Kräfte der Solidarität dafür zu mobilisieren.

SOFORTIGE AUFENTHALTSGENEHMIGUNG FÜR B. TARGÜN!

SCHLUSS MIT DER SPALTERPOLITIK DER GRUPPE 'KPD'!

Spanien: Neues Opfer des faschistischen Terrors

DIE TERRORISTISCHEN KRÄFTE DES YANKEE-FASCHISTISCHEN REGIMES HABEN CIPRIANO MARTOS', EIN MITGLIED DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIEN/MARXISTEN-LENINISTEN (P.C.E./M.L.) ERMORDET.

DAS KOMITEE VON KATALONIEN DER P.C.E./M.L. ÜBERSENDET DIE FOLGENDE ERKLÄRUNG AN ALLE ORGANE DER VOLKSPRESSE, AN ALLE ANTIFASCHISTISCHEN JOURNALISTEN, AN ALLE ANTIFASCHISTISCHEN UND REVOLUTIONÄREN ORGANISATIONEN VON KATALONIEN UND GANZ SPANIEN, AN DIE INTERNATIONALE ÖFFENTLICHE MEINUNG ZUM ZWECK DER BREITEN UND SCHNELLEN VERBREITUNG AUF ALLEN EBENEN.

Cipriano Martos, 28 Jahre alt, geboren in Huertortera (Granada), Bauarbeiter und Mitglied der P.C.E./ML, ist während der Verhöre und Folterungen, denen er von der mörderischen Guardia Civil unterzogen wurde, auf grausame Weise von den repressiven Kräften des Yankee-Faschismus getötet worden.

Cipriano Martos war vor einem Monat bei einer Hetzjagd der terroristischen Kräfte der Diktatur in Reus zusammen mit über 15 weiteren Personen verhaftet worden, denen man vorwarf, Mitglieder der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) zu sein.

Vom ersten Moment an wurde Cipriano Martos, der angeklagt wurde, Mitglied der P.C.E./ML zu sein, den kriminellsten Folterungen unterzogen, die schliesslich dazu führten, daß er in ein Krankenhaus in Tarragona eingeliefert werden mußte. Dort war jeglicher Kontakt zu ihm, Informationen über seinen Zustand, abgebrochen. Sein Zimmer wurde Tag und Nacht von der kriminellen Guardia Civil bewacht. So verbrachte er drei lange Wochen, bis er am 17. September starb. Er wurde am Freitag, dem 21. begraben, ohne daß jemand seiner Familie anwesend sein durfte.

Der grausame Mord an unserem Genossen wurde von vornherein von den faschistischen Mördern verheimlicht. Sie erklärten dem Verteidiger (der ihn nicht einmal zu Gesicht bekam, als er tot war), er habe "gewisse Flüssigkeiten bei sich gehabt, von denen auch in seiner Wohnung gefunden worden seien, die dazu bestimmt gewesen seien, Molotow-Cocktail herzustellen".

Mit dieser verleumderischen Erklärung versucht das blutrünstige Franco-Regime vor allen Antifaschisten und Patrioten der Arbeiterklasse und des ganzen spanischen Volkes, seinen neuen Mord zu vertuschen. Einen neuen Mord, den man auf die lange Liste der Tausenden von Ermordeten, der besten Männer und Frauen der Arbeiterklasse und des ganzen spanischen Volkes setzen kann, wie zuletzt Manuel Fernandez Marquez und Eustaquio Mendizalsal, Mitglied der ETA.

Durch diese Manöver aber erreichen sie nur den gerechten Hass und die Verachtung unseres Volkes gegen die faschistischen Mörder zu steigern und den revolutionären Kampf, für den unser Genosse Cipriano Martos gestorben ist, zu erhöhen. Diese Fahnen, die rote und die Trikolore, des antifaschistischen antiimperialistischen und patriotischen Kampfes für den Sturz des blutrünstigen faschistischen Regimes der Oligarchie und des Yankee-Imperialismus, ob mit Franco oder mit dem König an der Spitze, werden diese Mörder im revolutionären Kampf begraben. Unter Führung der Revolutionären Antifaschistischen und Patriotischen Front (FRAP) wird die schon mehr als 30 Jahre dauernde Unterdrückung und der Terror gegen unser Volk beendet werden, und die Föderative Volksrepublik wird den leuchtenden Weg in den Sozialismus eröffnen.

Cipriano Martos war ein ausgezeichneter Kämpfer der Arbeiterklasse (er war einer derjenigen, die nach den Kämpfen der Bauarbeiter von Ecisa in San Juan im letzten März, die von unserer Partei und der Gewerkschaftlichen Arbeiter Opposition (OSO) angeführt wurden, am stärksten von Repressalien getroffen wurde). Als Sohn armer andalusischer Bauer, als Mitglied und Kämpfer unserer Partei seit Jahren, wird er von nun an in unserem Kampf und unseren Geist gegenwärtig sein. Und heute erheben wir stolzer denn je seine Fahne, die rote Fahne unserer glorreichen Partei, um ihm eine letzte Ehre zu erweisen.

Der feige Mord an ihm zeigt die Panik, die den Faschismus angesichts unserer Partei und der FRAP überfällt. Er wird durch den revolutionären Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des ganzen spanischen Volkes gerächt. Die Massen werden mit unserer Partei an der Spitze die faschistischen Folterknechte und Mörder ihrer gerechten Strafe zuführen.

Wir rufen alle Organe der Volkspresse, alle ehrlichen und antifaschistischen Journalisten, alle Patrioten und Revolutionäre dazu auf, diesen neuen Mord der Diktatur bekannt zu machen und den hermetischen unverschämten Ring des Schweigens zu brechen und sich so dem Kampf anzuschließen, den unsere Klasse, unser VOLK als Antwort auf die faschistische Diktatur begonnen hat.

Wir rufen außerdem alle antifaschistischen Organisationen Kataloniens und ganz Spaniens auf, zu mobilisieren und vereint den Kampf gegen diese neue Aggression der faschistischen Unterdrückung aufzunehmen.

Weiter rufen wir alle antifaschistischen und demokratischen Organisationen der Welt auf, den heldenhaften Kampf unseres Volkes gegen Faschismus und Yankee-Imperialismus zu unterstützen, sich mit ihm zu solidarisieren und öffentlich seine Abscheu gegen diesen neuen Mord zu bekennen.

Lassen wir den Faschismus die Kraft des proletarischen Internationalismus und die der Solidarität aller Völker spüren.

Komitee für Katalonien der PCE/ML (Mitglied des Komitees pro-FRAP von Katalonien).



Demonstration in Toldedo, Spanien.

Solidaritätsadresse

AN DAS ZK DER PCE/ML
AN DAS KOMITEE KATALONIEN DER PCE/ML

Genossen!

Die KPD/ML und alle fortschrittlichen Kräfte sind zutiefst empört über die heimtückische Ermordung des Genossen Cipriano Martos, Mitglied der spanischen Bruderpartei PCE/ML, durch den blutrünstigen Yankee-Faschismus. Eurer Partei und den Familienangehörigen sprechen wir unser tiefes Mitgefühl aus. Mit Cipriano Martos wurde ein tapferer Kämpfer aus unseren brüderlichen Reihen herausgerissen.

Aber es ist gewiß, dadurch können die Yankee-Faschisten und alle Imperialisten ihr Leben nicht verlängern. An der Stelle gefallener Genossen werden Tausende revolutionäre Kämpfer heranwachsen, die den Kampf vervielfachen werden, erfüllt vom Klassenhaß gegen das blutige Ausbeuterjoch.

Präsidium der KPD/ML

Umweltverschmutzung - 70 Tote in Japan

Profit geht über Leichen – nicht nur bei den westdeutschen Kapitalisten. Die Verseuchung der Natur durch Giftstoffe, Abwässer und Chemikalien ist in allen kapitalistischen und revisionistischen Ländern so weit fortgeschritten, daß sie Tausende von Menschenleben kostet.

Besonders weit haben es dabei die japanischen Kapitalisten gebracht. In den Straßen der völlig übervölkerten und überindustrialisierten Hauptstadt Tokio gibt es bereits Frischluftautomaten, mit denen Menschen, die durch die Abgase ohnmächtig werden, 'geholfen' werden kann. Ganze japanische Dörfer wurden durch Vergiftungskrankheiten ausgerottet oder stark dezimiert. Eine typische Vergiftungskrankheit äußert sich z.B. so, daß Knochen brechen wie Glas. Kranke mit mehr als 300 Knochenbrüchen wurden in die Krankenhäuser eingeliefert.

Die Behörden von Kumamoto haben jetzt bekanntgegeben, daß allein in ihrem Bereich 583 Menschen an Quecksilbervergiftung erkrankten. Ursache: das Chemiewerk Chisso Corporation hatte seine Quecksilberabfälle ins Meer gepumpt. Hunderte aßen die vergifteten Fische und wurden schwerkrank. 70 Menschen starben.

Bundesverdienstkreuz für Beitz

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus - im Gegenteil! Der kapitalistische Staatsapparat hat seine Kanonenkönige nötig - womit sollte er sonst aufrüsten? Und die Kanonenkönige brauchen den Staat, er ist ihr bester Kunde. Also behängen sie sich gegenseitig mit Lorbeeren.

Jetzt hat Berthold Beitz, Aufsichtsratsvorsitzender von Krupp, mächtigster Mann im größten deutschen Rüstungskonzern, das Große Bundesverdienstkreuz am Stern erhalten. Kanonenkönig Beitz, bereits vor dem Krieg bei Krupp, kletterte in den 50-ger Jahren die Karriereleiter steil hinauf: Die Wiederaufrüstung der DBR brachte Krupp, der schon am 2. Weltkrieg Unsummen verdiente, wieder groß ins Geschäft. Erst vor wenigen Wochen trafen 600 Panzer zur Umrüstung bei Krupp ein. Gespräche mit Kriegsminister Leber über 'langfristige Aufträge für Aufrüstungen von Polizeikräften und NATO-Verbänden' laufen. Auch bei den Ostverträgen hat Beitz kräftig mitgemischt. Sie bringen dem Krupp-Konzern mehrere Millionen ein.

Man kann es nicht leugnen: Beitz hat sich tatsächlich große Verdienste erworben - um die Profitinteressen des Kapitals, um das Großmachtstreben der westdeutschen Imperialisten.

Dortmund- Hunde zerfleischen Kind

Schaffen Sie sich gegen Diebstähle scharfe Wachhunde an! - Solche Ratschläge erhalten Kapitalisten von der Polizei.

Ein Schrotthändler in Dortmund erhielt diese Weisung. Er ließ drei scharfe Hunde auf seinem Gelände frei herumlaufen, ohne Warnschild. Sie zerrissen in der letzten Woche einen zwölfjährigen Jungen, der über den Zaun geklettert war. Nur der lebensgefährliche Einsatz eines zufällig vorübergehenden Arbeiters, selbst Vater von vier Kindern, rettete das grauenhaft zugerichtete Kind. Ob es überleben wird, ist fraglich.

Nicht anders als diese Tiere werden die Hunde der Polizei ausgebildet oder die Hunde der Privatarmeen, die die westdeutschen Kapitalisten in letzter Zeit von faschistischen Organisationen ausleihen können. Lebensgefährliche Bestien, auf den Angriff auf Menschen gedrillt.

Für die Kapitalisten sind diese ausgebildeten Hunde eine wichtige Waffe, auf die sie nicht verzichten. Der Schrottplatz in Dortmund wird heute noch von den Hunden bewacht, die ein Kind fast zerrissen haben.

PARTEIVERANSTALTUNGEN

Marburg:
Veranstaltung der KPD/ML: 50 Jahre Hamburger Aufstand. 30.10.73, Marburg, Hessischer Hof. Es spielt der Agit-Prop-Trupp 'Roter Sturm'.

Hannover: 50 Jahre Hamburger Aufstand.
Samstag, 27.10.73, 20 Uhr in der Gaststätte Zum Kühlen Bier, Dickbornstraße in Hannover-Linden.

Dortmund: 50 Jahre Hamburger Aufstand.
Samstag, 27.10.73, 19 Uhr in der Gaststätte Jacobsschänke, Weißenburgerstraße. Es wird der Film gezeigt: Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse.

Bremen, 27.10.73: 1923 – Hamburger Aufstand – 1973 – Vorwärts zum Sozialismus mit der KPD/ML
Ort: Keglerheim Bremen-Walle, Auguststr./Ecke Holtenauerstr., Nähe Waller Bahnhof.